Nr. 198.

15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 25. August 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Staatliche Fürsorge

für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft in Preußen.

Ein wesentliches Mittel, die Volksbildung zu fördern, besteht in der Errichtung allgemein zugänglicher Bibliotheken und Lesehallen, womit man im Auslande, besonders in England und Amerika, recht gute Erfahrungen gemacht hat. Im preußischen Etat sind hierfür bisher keine Mittel ausgeworfen, obgleich die Finanzlage des Staates eine dauernd günstige ist. Der Staat überläßt es vielmehr den Gemeinden und privaten Bestrebungen, ob sie für dieses Gebiet der Volksbildung etwas thun wollen oder nicht. Nun darf ja nicht in Abrede gestellt werden, daß in einzelnen Städten, z. B. in Berlin, Charlottenburg und Königsberg, verhältnißmäßig viel für Volksbibliotheken und Lesehallen gethan wird, andere Städte hingegen erkennen das Bedürfniß hierfür nicht an und haben alle diesbezüglichen Anträge abgelehnt. Um so mehr ist es die Pflicht des Staates, hier fördernd einzugreifen, denn wenn für Kunst und Wissenschaft, soweit sie einigen kleinen Kreisen zu gute kommt, beträchtliche Mittel vom Landtage bewilligt werden, so hat wohl auch die große Masse des Volkes ein Anrecht darauf, berücksichtigt zu werden. Man klagt soviel über die Verrohung des jugendlichen Nachwuchses, man bedauert es — und nicht mit Unrecht —, daß die Zahl der jugendlichen Verbrecher von Jahr zu Jahr zunimmt. Statt aber Schritte zu unternehmen, die denjenigen jungen Leuten, die des erziehlichen Einflusses einer geordneten Häuslichkeit entbehren, die Möglichkeit zur Erweiterung ihrer Kenntnisse gewähren und sie vor schlechter Gesellschaft zu bewahren, begnügt man sich mit schönen Predigten über die Sittenlosigkeit der heutigen Gesellschaft. Solche Predigten hören sich ja manchmal recht schön an, sie kosten vor allem nichts, aber irgend einen Nutzen stiften sie auch nicht.

Erst in neuester Zeit soll die Regierung, offiziösen Mittheilungen zufolge, die Errichtung einer staatlichen Volksbibliothek anstreben und in den nächsten Etat die hierfür erforderliche Summe einstellen. Das ist an und für sich gewiß ein recht löbliches Bestreben; geht man aber der Sache auf den Grund, so wird man davor bewahrt bleiben, einmal ein Loblied auf die preußische Regierung zu singen. Die Bibliothek soll nämlich in Thorn errichtet werden, und ihr Zweck ist nicht etwa die Verbreitung von Bildung unter der Bevölkerung, sondern die Förderung nationaler Bestrebungen zur Stärkung des deutschen Volksthums, also ein neues Mittel, um die großpolnische Agitation zu schwächen, und diesem Zwecke entsprechend, wird sich der Bücherbestand der staatlichen Bibliothek wohl aus Werken zusammensetzen, die im Stile unserer Hurrahpatrioten geschrieben, die aber für die Massen des Volkes völlig bedeutungslos sind und deshalb kaum benutzt werden dürften. Man sieht hieraus wieder einmal, daß die preußische Regierung nicht gewillt ist, die Wissenschaft um ihrer selbst wegen zu pflegen, sondern daß sie sie lediglich als Mittel zur Erreichung eines politischen Zweckes betrachtet, ein Vorgehen, das fast noch verwerflicher ist, als das Verhalten derer, denen die Wissenschaft zur melkenden Kuh wird, die sie mit Butter versorgt.

Genau so wie mit öffentlichen Lesehallen und Volksbibliotheken steht es mit Volks-Hochschulkursen; auch sie sind ein vorzügliches Mittel zur Verbreitung von Volksbildung, und auch für sie hat der preußische Staat bisher nichts gethan. Unser Nachbarstaat Oesterreich gewährte für derartige Kurse einen Staatszuschuß, durch den es möglich wurde, in Wien für 85 Pfennige (bei Arbeitern für 42 Pfennige) einen Kursus von sechs Vorträgen zu bieten und den Vortragenden zugleich ein anständiges Honorar zu sichern. Die Erfolge waren glänzende. Es betheiligten sich 1895/96 an 58 Kursen 6198, 1896/97 an 62 Kursen 7780 Zuhörer, und allseitig wird der Ernst und der Eifer der sich stark aus Arbeiterschichten rekrutirenden Schüler anerkennend hervorgehoben. Wie stark das Streben der Arbeiter nach Bildung ist, beweist die Thatsache, daß zu den trotz der ablehnenden Haltung des bayerischen Ministeriums in München errichteten Hochschulkursen in noch nicht einem Vierteljahre 3908 Anmeldungen erfolgten, von denen allein 43,10 pCt., also fast die Hälfte, auf Arbeiter entfielen. Trotzdem zeigt das bayerische Ministerium genau so wenig Entgegenkommen wie das preußische, und beide Staaten lassen sich sogar von dem halbbarbarischen Rußland beschämen. Denn das russische Ministerium für Volksaufklärung hat vor kurzem professionelle Sonntags-Abendkurse für Arbeiter organisirt, welche zunächst solche Gegenstände behandeln sollen, die allen Professionen gemeinsam sind.

Welche Unterrichtsgegenstände in derartigen Kursen behandelt werden sollen, das ist eine Frage, deren Erörterung an dieser Stelle überflüssig ist. Das eine aber steht fest, daß der Unterricht nicht bei der Wissenschaft Halt machen dürfte, sondern daß er sich auf das Kunstgebiet erstrecken müßte. Der Staat opfert alljährlich Millionen für die Erhaltung der Museen und ähnlicher Institute. Aber wem kommt diese Summe zu gute? Nicht der großen Masse des Volkes, die, ganz abgesehen von der für Arbeiter höchst ungelegenen Besuchszeit der Museen, infolge der mangelhaften Pflege der Kunst auf den Schulen gar kein Verständniß für die Schätze besitzen, die dort angehäuft sind. Wie viele Arbeiter giebt es wohl, die beispielsweise die pergamenischen Sammlungen im Berliner Museum mit wirklichem Genuß betrachten können? Einmal fehlen ihnen die historischen Kenntnisse und sodann ist ihr Kunstsinn so wenig entwickelt, daß man das richtige Verständniß von ihnen garnicht verlangen kann. Und doch könnte ihnen die Betrachtung dieser und ähnlicher Kunstwerke vergangener Zeiten weit mehr Genuß bereiten, als der Anblick gewisser Denkmäler und Gemälde, die heutzutage der Liebedienerei und Kriecherei sogenannter Künstler ihre Entstehung verdanken, und die vielleicht später einmal als Denkmal, nicht einer künstlerischen Epoche, sondern als Denkmal des verabscheuungswürdigsten Byzantinismus erhalten bleiben. Hier öffnet sich den Hochschulkursen ein weites Feld ersprießlicher Thätigkeit, hier könnten sie segensreich wirken, um gleichzeitig Kunst und Wissenschaft in der arbeitenden Bevölkerung zu pflegen.

Aber für Kunst und Wissenschaft hat der preußische Staat nicht allzu viel übrig, und von dem wenigen, was er dafür ausgiebt, suchen die ärgsten Feinde jeder Volksbildung, die Konservativen, immer noch etwas abzuhandeln. Wer erinnert sich nicht noch des Eifers, mit dem die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses vor einigen Jahren die gewiß bescheidene Forderung von 180 000 M. für die Museumsbauten in Berlin bekämpften und diesen Kampf siegreich zu Ende führten, so daß die Forderung damals wenigstens abgelehnt wurde! Eine Förderung von Kulturaufgaben ist von dieser Seite nicht zu erwarten.

Und ist es weiter nicht ein trauriges Zeichen unserer Zeit, daß auf einem anderen Gebiete der Volksbildung sogar von der Regierung der Kampf aufgenommen worden ist! Ist es nicht ein betrübendes Zeichen, daß man Polizei und Gerichte zu Hilfe rief, um die freien Volksbühnen zu unterdrücken! Von einer freien und edlen Auffassung der darstellenden Künste wollen die herrschenden Klassen nichts wissen, ihnen ist die heute bereits geübte Theaterzensur noch nicht streng genug, und wenn es nach dem Willen gewisser Kreise ginge, so würden in Zukunft vielleicht nur noch Balletaufführungen und die Darstellung patriotischer Stücke gestattet sein. Man hat heute völlig die Aufgabe des Theaters vergessen, man hat vergessen, daß das Theater eine sittliche Erziehungsanstalt des Volkes sein soll. Die einzige Partei, die diese Aufgabe richtig erkannt hat, ist die Sozialdemokratie, die überall da, wo sich ihr die Möglichkeit dazu bietet, auch auf diesem Gebiete den Bedürfnissen des Volkes gerecht wird. Unsere Partei war es, auf deren Antrag im Gothaischen Landtage beschlossen wurde, daß das Gothaer Theater verpflichtet wird, in jeder Spielzeit eine bestimmte Anzahl von Vorstellungen des Sonntags nachmittags zu einem billigen Preise zu geben, unsere Partei war es, die die Gründung freier Volksbühnen in die Hand genommen hat. Die herrschenden Klassen thun nichts, um für die Bildung des Volkes zu sorgen. „Daß die Sozialdemokratie in ganz Deutschland die einzige Partei ist", so äußert sich der bekannte Freisinnige Dr. Jastrow, „die die Bedeutung der Bühne erkannt hat und zu verwerthen im Begriffe steht, das gereicht weder dem Kunstsinn der anderen Parteien zur Ehre, noch ihrem sozialen Verständniß."

Nun, soziales Verständniß wollen wir den anderen Parteien nicht gerade absprechen. Im Gegentheil, sie haben ein sehr feines soziales Verständniß, aber gerade, weil sie dies soziale Verständniß besitzen, gerade weil sie einsehen, daß die Bühne sehr viel zur Bildung des Volkes beitragen kann, gerade deshalb thun sie alles, um das Volk zu verbilden, aber nichts, um es zu bilden. Genau so, wie sie die Volksschule vernachlässigen, genau so, wie sie von einem vernunftgemäßen Fortbildungs-Schulunterricht nichts wissen wollen, genau so setzen sie auch die Pflege des Kunstsinnes im Volke eifrigen Widerstand entgegen. Die herrschenden Klassen vergessen, daß das Volk einen begründeten Anspruch darauf hat, daß aus dem allgemeinen Staatssäckel auch für Volksbildung, für Kunst und Wissenschaft Aufwendungen gemacht werden. Auf die Dauer wird man dem Volke dieses Recht nicht vorenthalten können, und auch in Preußen wird hoffentlich die Zeit nicht mehr fern sein, bis das Volk seinen Einfluß auf die Regierung geltend machen und sie mit oder gegen ihren und der herrschenden Klassen Willen zwingen wird, den höchsten Gütern der Nation, der Pflege von Bildung, Kunst und Wissenschaft mehr Fürsorge angedeihen zu lassen, als es heute der Fall ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. August.

Neue Militärvorlagen werden mit von Tag zu Tag abnehmender Schüchternheit in den der Regierung nahestehenden Blättern angekündigt. Nicht weniger als 43 Bataillone sollen neu gefordert werden, obgleich der Kriegsminister am 14. Dezember 1897 noch geglaubt hat, daß man sich zu einer Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone nicht entscheiden werde, da ja, wie er bemerkte, ausreichende Erfahrungen in dieser Hinsicht noch gar nicht vorliegen. Die „Freisinnige Zeitung" bemerkt zu der Ankündigung der 43 Bataillone:

> 43 neue Bataillone bedingen eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, ganz abgesehen von den Offizieren, um 22 500 Mann. Die Mehrkosten hieraus wird man für das Ordinarium auf mindestens 14 Millionen Mark zu berechnen haben. Dazu kommen einmalige Ausgaben von mindestens 20 Millionen Mark, da natürlich für die neuen Bataillone alle Kasernen und sonstigen Unterkunftsräume, Schießplätze, Exerzierplätze und dergl. fehlen. Nirgends sind auch in den Nachbarstaaten seit 1896 oder seit 1893 Aenderungen wahrnehmbar, welche eine solche abermalige Erhöhung der Friedenspräsenzstärke rechtfertigen könnten.
>
> Abgesehen von diesen neuen Bataillonen ist auch die Bildung eines neuen Armeekorpsstabes angekündigt. Von anderer Seite ist auch die Absicht verlautbart, eine Vermehrung der Fußartillerie, der Eisenbahntruppen, die Bildung besonderer Telegraphenbataillone vorzunehmen, die Eskadrons der Meldereiter und die Bespannungs-Abtheilungen bei der Fußartillerie zu vermehren. Von alledem hat der Kriegsminister am 14. Dezember 1897 nicht gesprochen. Er beschränkte sich darauf, „das dringende Bedürfniß einer Neuorganisation der Feldartillerie" zu betonen. Wie diese Neuorganisation gedacht ist, und ob es sich dabei nur um eine andere Eintheilung der Abtheilungen, eine Vermehrung der Stäbe oder auch um eine Vermehrung der Bespannung und der dazu gehörigen Mannschaften handelt, läßt sich noch nicht klar erkennen.
>
> Derart mehren sich von allen Seiten die Anzeichen, daß das neue Quinquenat, welches schon mit der Durchführung des Flottengesetzes bepackt ist, nun auch durch neue große Militärlasten eine weitere Bepackung erhalten soll. Damit fällt die finanzielle Berechnung zusammen, durch die man vor der Bewilligung des Flottengesetzes zu beruhigen suchte, indem man insbesondere die Nothwendigkeit neuer Steuern bestritt. Mit der Steigerung der Anforderungen für die Militär- und Marineverwaltung wird wieder Hand in Hand gehen eine neue Aera der Knauserei in allen Zivilverwaltungen des Reiches und der Einzelstaaten.

Nach der „Köln. Ztg." soll Mainz als Sitz des Generalkommandos des neu zu schaffenden hessischen Armeekorps bestimmt sein.

In der „Allgem. Milit. Korresp." wird mehr Kavallerie gefordert, indem den Agrariern vortheilhafte Rückwirkung auf die Pferdezucht als fruchtbare Investition für die Landwirthschaft und die Landespferdezucht in Aussicht gestellt wird. Also zu den neuen Infanterie-Bataillonen sollen neue Kavallerie-Regimenter hinzukommen. Dann sollen neue Armeegewehre, zum Theil durch Auffrischung unbrauchbar werdender Gewehre älterer Konstruktion, beschafft werden.

Die nationalliberale Presse erklärt schon, daß der Volksvertretung nichts übrig bleiben wird, als die neuen Militär-Forderungen zu bewilligen. Die „Freisinnige Zeitung" und die „Germania" erklären sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Forderungen, ja die „Freisinnige Ztg." deutet an, daß wir im Frühjahr 1899 mit einer Auflösung des Reichstags und Neuwahlen bescheert werden können. Wir meinen auch, daß man auf alle Eventualitäten gerüstet sein müsse, an die Opposition der in diesen Fragen ausschlaggebenden Zentrumspartei können wir freilich nicht glauben. Vielleicht macht man den Lieber und Hompesch die neuen Militärvorlagen durch eine neue Marinevorlage schmackhafter, damit sie leichter den bösen Bissen herunterbekommen. Bei der Ungenirtheit unserer Autoritäten des Militarismus zu Lande und zu Wasser würden wir nicht erstaunt sein, wenn man auf grund der neuen Erfahrungen im Seekriege auch noch mit neuen Marineforderungen käme.

Der Militarismus ist unersättlich. —

Die Polizei macht die Streikstatistik. In bürgerlichen Blättern finden wir die folgende Mittheilung:

> „Nachdem sich der Bundesrath vor seiner längeren Vertagung mit der Aufnahme einer fortlaufenden Statistik der Streiks und Aussperrungen für das Reichsgebiet einverstanden erklärt hat, werden die erforderlichen Vorbereitungen dazu nunmehr in die Wege geleitet. Die Erhebungen sollen sich nicht nur auf den Beginn und das Ende der Streiks und Aussperrungen erstrecken, sondern auch auf andere ins Gewicht fallende Thatsachen, wie die Dauer der Arbeitszeit, die Höhe der Löhne, das Bestehen und die Thätigkeit von Berufsvereinigungen und ähnliche, für die Erkenntniß und Beurtheilung der Ursachen und Wirkungen der Streiks bedeutsame wirthschaftliche Fragen. Die Sammlung der thatsächlichen Angaben — nur solche werden verlangt — soll durch Zählkarten erfolgen, welche sofort nach Beendigung eines Streiks oder einer Aussperrung auszufüllen und weiterzureichen sind. Die Ausfüllung wird der den Verhältnissen am nächsten stehenden Ortspolizeibehörde, die Nachprüfung und etwaige Vervollständigung den höheren Verwaltungsbehörden übertragen werden. Man verspricht sich in den Regierungskreisen von einer derartigen regelmäßigen und allgemeinen Aufstellung einen großen Nutzen. In Preußen wird bereits seit dem Jahre 1891 eine bisher amtlich nicht veröffentlichte Statistik aufgenommen. Auch Bayern hat eine solche seit kurzem aufgemacht und veröffentlicht."

Da die Ortspolizei-Behörden zu immer neuem Eifer im Kampf gegen die Sozialdemokratie angetrieben werden, bei ihnen deshalb begreiflicherweise eine immer feindlichere, von Objektivität sich immer mehr entfernende Stimmung gegen die Arbeiterbewegung platzgreifen muß, sind sie die denkbar ungeeignetsten Stellen, um das Material zu einer den Anforderungen der Statistik entsprechenden Erhebung über die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen zu sammeln. Es kommt auch in betracht, daß die Vorsteher der Ortspolizeibehörden, Bürgermeister, Amtsvorsteher ꝛc. in der Regel gesellschaftliche Beziehungen mit dem Unternehmerthum pflegen und die Absichten streikender Arbeiter nicht selten nur durch die männiglich bekannten Achtgroschenjungen kennen lernen.

Aber vielleicht ist dem Freiherrn v. Stumm eine auf diesem Wege erzielte Streikstatistik erwünscht.

Für jeden ernsthaften Sozialpolitiker ist diese Streikstatistik schon durch die Art ihrer Entstehung gerichtet. —

Obacht, Graf Posadowsky, es giebt Arbeitswillige zu schützen, welche der Unternehmerterrorismus brotlos machen will. Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Braunschweiger Volksfreund": Wir sind in der Lage, folgendes Zirkular zu veröffentlichen, das uns noch kurz vor Redaktionsschluß zuging, und welches die Casseler Bau-

herren an ihre Braunschweiger Kollegen, vielleicht auch anderwärts hin, versandt haben.

Cassel, 20. August 1898.

Werthe Kollegen und Fachgenossen!

Am 17. August haben die Bau- und Erdarbeiter in Cassel die Arbeit niedergelegt. Die Folge davon war, daß auch die Maurer- und Putzergesellen die Arbeit niederlegen mußten. Der Streik ist einer der frivolsten, die je geführt sind. Die Leute haben ohne ihr Zuthun eine Lohnaufbesserung von 20 pCt. erhalten, trotzdem sind sie in den Ausstand eingetreten. Unsere dringende Bitte an Sie alle, unsere werthen Kollegen und Fachgenossen, ist die, keinen Arbeiter und keinen Gesellen einzustellen, der von hier zugereist ist, bereits eingestellte Leute aber wieder zu entlassen. Hessen-Nassauische Invaliditätsmarken, Arbeitsbücher und Verhör werden gewiß in den meisten Fällen zum Erkennen führen.

Werthe Kollegen und Fachgenossen! Heute sind wir in der Nothlage, morgen vielleicht können Sie selbst von demselben Verhängniß betroffen werden, deshalb unterstützen Sie uns nach Kräften; wir werden Ihnen im gleichen Falle stets unsere Unterstützung angedeihen lassen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Geist der Zusammengehörigkeit, der uns von den Arbeitern in so nachahmenswerther Weise gezeigt wird, endlich auch unter den Arbeitgebern platzgreifen möge.

Deshalb nochmals die dringende Bitte, stellt keine Kasseler Maurer und Arbeiter ein.

Mit kollegialischem Gruße!

Der Vorstand der Kasseler Bauvereinigung.

Müller. Stück. Potente. Jordan. Rennert. Tiessen. Meischke."

Kommentar überflüssig!

Zur Frage des Kleingewerbes. Die Handelskammern sind vom Handelsminister aufgefordert worden, ihm thunlichst bald Vorschläge für den Erlaß von Bestimmungen über die Grenzen des Kleingewerbes nach § 4 des deutschen Handelsgesetzbuches zu unterbreiten. Nach dem neuen Handelsgesetzbuch sei ein Fehlgriff in der Unterscheidung des Minderkaufmannes von dem Vollkaufmann von viel größerer Tragweite als nach dem bisherigen Rechte. Aus diesem Grunde dürfe die Frage, wie die Grenze zwischen Klein- und Großbetrieb zu ziehen sei, nicht lediglich der Entscheidung der einzelnen Registergerichte überlassen werden; es bedürfe dazu vielmehr bestimmter, allgemein bindender Vorschriften. Der Erlaß solcher Vorschriften erscheine auch deshalb erforderlich, weil durch § 126 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 den Organen des Handelsstandes die Mitwirkung bei der Führung des Handelsregisters mit selbständigem Beschwerderecht eingeräumt sei und bei dieser Mitwirkung sich fortwährend Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gerichten und den Handelskammern über die Grenzen des Klein- und Großbetriebes ergeben müßten; so lange nicht diese Grenzen in einer beide Theile bindenden Weise festgesetzt seien. — Da nach § 4 des neuen H.-G.-B. die Abgrenzung auf der Grundlage der Steuerpflicht bezw. nach anderen Merkmalen erfolgen soll, darf man gespannt sein, wie man noch darüber hinaus nach einer allgemeinen Norm die industriellen und Handelsbetriebe klassifizieren will. —

Ueber den Verkehr mit Geheimmitteln ist dem Bundesrathe im Anfange des laufenden Jahres ein Entwurf von Vorschriften zugegangen. Nach demselben sollten auf die Verabfolgung von Geheimmitteln die für die Abgabe stark wirkender Arzneimittel maßgebenden Vorschriften Anwendung finden. Geheimmittel, über deren Zusammensetzung der Apotheleninhaber sich nicht soweit vergewissern kann, daß er die Zulässigkeit der Abgabe in Handverkaufe zu beurtheilen vermag, sollten nur auf schriftliche, mit Datum und Unterschrift versehene Anweisung eines Arztes, Zahnarztes oder Thierarztes verabfolgt werden. Die wiederholte Abgabe war nur auf jedesmal erneute ärztliche, zahnärztliche oder thierärztliche Anweisung gestattet. Außerdem sollte in der Apotheke ein Verzeichniß der vorräthig gehaltenen Geheimmittel geführt werden und sollten die Gefäße und äußeren Umhüllungen mit einer Inschrift versehen sein, welche den Namen des Geheimmittels, den Namen oder die Firma des Verfertigers, sowie der Apotheke, in welcher das Geheimmittel verabfolgt wird, und die Höhe des Abgabepreises deutlich ersehen läßt. Es sollte verboten sein, auf den Gefäßen u. s. w. Anpreisungen, insbesondere Empfehlungen, Bestätigungen, gutachtliche Aeußerungen und Danksagungen, in denen eine Heil- oder Schutzwirkung dem Geheimmittel zugeschrieben wird, anzubringen oder solchen Anpreisungen bei der Abgabe von Geheimmitteln auf sonstige Weise mit zu verabfolgen. Schließlich sollte durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde das Feilhalten und die Abgabe bestimmter Geheimmittel verboten und der zulässige Höchstbetrag des Verkaufspreises bestimmter Geheimmittel festgesetzt werden können. Man hat inzwischen nicht gehört, daß die Angelegenheit im Bundesrath zu einem Ergebniß gefördert ist. Wie aber dem letzten Jahresberichte des deutschen Apothekervereins zu entnehmen ist, hat der Vorstand des letzteren zu der Verordnung an den Bundesrath eine Eingabe gerichtet. Danach würde, namentlich da die in Aussicht genommene Verordnung eine klare Begriffsbestimmung umgeht, und andererseits die Bekanntgabe der Zusammensetzung u. s. w. das Mittel nach der jetzt geltenden Rechtsauffassung aus der Reihe der Geheimmittel heraushöbe, eine solche Verordnung ein Schlag ins Wasser sein. Der Vorstand des Deutschen Apothekervereins hat deshalb beim Bundesrathe beantragt, dem kaiserlichen Gesundheitsamt, welches durch pharmazeutische und medizinische Hilfskräfte zu diesem Zweck zu verstärken sein würde, die Entscheidung, was als Geheimmittel anzusehen ist, zu überlassen und die Verpflichtung des Apothekers zur Führung der Geheimmittelliste aus den Vorschriften zu entfernen.

Zum Schacht-Einsturz auf Zeche Viktoria Matthias. Die „Rhein.-Westf. Ztg." bringt über den Hergang bei dem traurigen Ereignisse jetzt einen näheren Bericht. Darin wird mitgetheilt, daß die Wagen bei dem Auffahren auf die Schachtzimmerung (am Freitag) eine große Anzahl Hölzer, darunter sieben aufeinander folgende lange Jochhölzer, fortrissen. Sachverständige sind der Ansicht, daß deren Ersetzung in der kurzen Zeit bis zum Sonnabend Morgen nicht möglich war. Dies spricht also dafür, daß die Arbeit thatsächlich überstürzt worden ist.

Der „Allg. Beobachter" schreibt: „Nachdem der Schacht zugeschüttet ist, wird der Einbau eines neuen Schachtes an derselben Stelle begonnen und so ist es wahrscheinlich, daß man erst nach Jahresfrist auf die dann längst in Verwesung übergegangenen Leichen der unglücklichen Bergknappen stoßen wird. Welch' fürchterliches Schicksal für die armen Hinterbliebenen, für die Frauen und Kinder der Verunglückten. Nicht einmal als Leiche sollen sie den so jäh von ihnen gerissenen Lieben schauen. Aber noch gräßlicher ist der Gedanke, einer oder der andere der Verletzten könne noch am Leben sein und an Rettung aus dem Grabe denken. Das wäre schrecklich, und so unwahrscheinlich auch der Gedanke ist, die Möglichkeit, daß einer oder der andere der Unglücklichen nicht sofort zu Tode gekommen und jetzt verurtheilt ist, elendiglich umzukommen, ist vorhanden. Hier kann man nur wünschen, daß die Unglücklichen unmittelbar nach der Katastrophe vom Tode ereilt wurden . . . Wie uns von Bergleuten mitgetheilt wird, soll sich der alte Schacht schon seit längerer Zeit in einem sehr schlechten Zustande befunden haben. Man sagt, daß eine solche Katastrophe, wie sie am Freitag eingetreten ist, von vielen schon lange befürchtet wurde. Einer der Verunglückten soll noch vor einigen Tagen zu einem seiner Verwandten geäußert haben: Der Schacht ist derart ruinirt, daß man jeden Tag einen Einsturz befürchten muß; das Gerüstholz kann man mit den Händen durchbrechen."

Die Staatsrettung in Schleswig-Holstein wird jetzt mit einem ganz unheimlichen Eifer betrieben. (Koller ist Oberpräsident!) Zehn Personen sind jetzt wieder, weil lästig gefallen, ausgewiesen: fünf Dänen, drei Amerikaner (Mormonen), ein Russe und ein Schwede.

Wenn's aber jetzt nichts hilft, hilft nichts. —

Graf Guido Henckel von Donnersmarck, der Millionenstifter, ist hier anscheinend recht wenig beliebt. Gerade jetzt wird seine Verwaltung gelegentlich recht schroff kritisirt. So berichtet das „Oberschlesische Tageblatt" einen Fall, der auf die Wohlthätigkeit des Grafen ein eigenthümliches Licht wirft. Die Wittwe eines Werkmeisters, also eines Beamten, von einem der Werke des Grafen, erhielt mit ihren sechs Kindern eine monatliche Pension von 11 M., obgleich der Verstorbene mehr als 20 Jahre in gräflichen Diensten stand und ein Opfer seines Berufes wurde. Natürlich giebt es mehrere solcher Wittwen. So sieht die Guido Henckel'sche Wohlthätigkeit und der „Segen" der Pensionskassen in der Nähe aus. —

Köln, 24. August. An ihrem zweiten Sitzungstag beschloß die Hauptversammlung des deutschen Apothekervereins, als vornehmste Aufgabe des Vereins die Errichtung einer aus Apothekern bestehenden Standesvertretung unter Beseitigung der Beaufsichtigung durch die beamteten Aerzte zu betrachten. Als Ort für die nächstjährige Hauptversammlung wurde Danzig gewählt.

Unseres Erachtens giebt es viel wichtigere Apothekerfragen. —

Die umfangreichen Gelände-Absperrungen im Ingelheimer Grunde, die wegen militärischer Scharfschießübungen gerade während der Erntezeit vorgenommen wurden, beschäftigten jüngst eine Ausschußsitzung des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinhessen. Nach eingehender Begründung der Beschwerde erklärte der Regierungsvertreter, Ministerialrath Braun, Vorsitzender der „Oberen landwirthschaftlichen Behörde", etwa folgendes: Die Erregung des Antragstellers und der landwirthschaftlichen Bevölkerung über die Gelände-Absperrungen sei vollauf berechtigt; man möge ja nicht glauben, daß die großherzogliche Regierung in dieser für die Landwirthschaft so wichtigen Angelegenheit nichts gethan hätte. Leider seien die Schritte, die die großherzogliche Regierung im Sinne der Hinausschiebung der Scharfschieß-Uebungen gethan, nur von geringem Erfolg gewesen. Er könne die Erklärung abgeben, daß die Regierung gesonnen sei, energisch vorzugehen, „sie ginge noch viel weiter, als es der Antrag Lichtenstein verlange, sie wolle überhaupt den Geländeabsperrungen in Gegenden mit intensivem landwirthschaftlichen Betrieb ein Ende machen.

Was vermag aber die hessische Regierung gegen die Wünsche der Militärbehörden! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine eigenthümliche Majestätsbeleidigungs-Affäre kam vor der Hagener Strafkammer zur Verhandlung. Der Fabrikarbeiter E. Grunwald aus Altenwörde kam im Februar d. J. in die Wirthschaft von Rich. Haarmann zu Altenwörde. Aus einem Gespräch über Sozialdemokratie und Wahlen, wobei Haarmann erklärt, seinen Saal zu sozialdemokratischen Versammlungen nicht herzugeben, entwickelt sich ein allgemeines politisches Gespräch, bei welchem G. eine auf die Kieler Reden bezügliche Aeußerung macht, die man auf den Kaiser beziehen konnte. Darauf geht der Wirth hin und denunzirte den jungen Mann wegen Majestätsbeleidigung. Indeß muß diese von vornherein mindestens sehr zweifelhaft gewesen sein; denn der Amtsrichter in Haspe verfügte nach der Vernehmung des G. dessen Entlassung. Die Strafkammer in Hagen findet in dem Gesagten keine Beleidigung und spricht den Angeklagten frei. Die Staatsanwaltschaft in Hagen legt Revision ein und das Reichsgericht giebt die Sache zur nochmaligen Verhandlung nach Hagen. Darauf wurde der Angeklagte zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Denunziant Wirth Richard Haarmann in Altenwörde bei Hagen fungirte übrigens schon einmal als Zeuge in einer Majestätsbeleidigungs-Klage, damals wurde der Angeklagte freigesprochen. —

Frankreich.

Paris, 24. August. Trotz Abnahme der Hitze sind gestern hier 8 Todesfälle an Sonnenstich vorgekommen. Die Zeitungen sprechen sich anerkennend über die Verfügung des Kriegsministers aus, durch welche während der heißen Tage alle militärischen Uebungen eingestellt werden. — Wie verlautet, ist der Ordonnanzoffizier des Kriegsministers Cavaignac, Major Mondhuy, gestern mit der Mission betreffend Schaffung einer Kolonialarmee nach Brest abgereist. —

Niederlande.

Haag, 24. August. Das Institut für internationales Recht hat seine Arbeiten heute beendet. Die Tagesordnung für die nächste Session enthält folgende Punkte: 1. Rechte und Pflichten der Neutralen. 2. Verhalten gegen solche Staaten, welche ihren finanziellen Verbindlichkeiten nicht nachkommen, und 3. Prohibitivbestimmungen bei Handelsverträgen. —

Türkei.

Konstantinopel, 24. August. Ein Vertrag betreffend die Lieferung von 100 Millionen Mauserpatronen ist unterzeichnet. — Der Bau der für Truppentransporte bestimmten Bahnstrecke Rodosto—Murathli ist endgiltig beschlossen worden. —

Asien.

Frankreich in Korea. Nach einem Telegramm aus Söul ist zwischen der koreanischen Regierung und dem französischen Geschäftsträger ein Uebereinkommen getroffen, bezüglich Anstellung eines französischen Beiraths für Post-Angelegenheiten. —

Amerika.

Rio de Janeiro, 23. August. Die Kammer genehmigte mit 87 gegen 47 Stimmen die Handlungen der Regierung während des Belagerungszustandes. —

Preußische Landtagswahlen.

Der Wahltermin.

Die Wahlen zum preußischen Landtage werden, wie ein Berichterstatter meldet, erst Ende Oktober oder Anfang November stattfinden.

Zur Geschichte der Landtagswahlen.

Fünf Perioden unterscheidet die „F. Z." in der Zeit von 1849 bis zum heutigen Tag.

I. 1849—1858. Schneller Verfall des bürgerlich-demokratischen Aufschwungs von 1848. Seit 1852 herrscht im Abgeordnetenhaus eine konservative Mehrheit. Das Abgeordnetenhaus zählte damals 358 Mitglieder bis 1867. 1852 wurden 196, 1855 sogar 236 Konservative gewählt; in dieser „Landrathskammer" saßen 72 Landräthe, 7 Minister, 30 Verwaltungsbeamte, 12 Staatsanwälte. (Wahlbetheiligung 16,1 pCt.)

II. 1858—1866. Mit der Regentschaft des Prinzen von Preußen (später Wilhelm I.) beginnt die sogenannte „Neue Aera". Ein liberal angehauchtes Ministerium erhält 1858 bei 22,6 pCt. Wahlbetheiligung eine große Mehrheit. Nur 50 Konservative werden gewählt. Die Armee-Organisations-Kämpfe stärken die bürgerlich-demokratische Partei. Die neu begründete Fortschrittspartei zieht 1861 mit 100 Mandaten in die Kammer ein. Ihr verwandte liberale Parteien zählen 147 Mitglieder. Neben 54 katholischen und 23 polnischen Abgeordneten erscheinen nur 15 Konservative. (Wahlbetheiligung 27,2 pCt.) Neuwahlen erfolgten nach Auflösung des Abgeordnetenhauses 1862 und 1863. 1862 wurde die höchste Wahlbetheiligungsziffer erreicht (34,3 pCt.) Die Fortschrittspartei erhielt 141 Mandate, die verwandten Parteien 120 Mandate; die Konservativen gingen auf 12 Mitglieder zurück. 1863 wurde die entschieden liberale Opposition noch verstärkt, dagegen erhielten die Konservativen 38 Sitze. (Wahlbetheiligung 30,9 pCt.)

III. 1866—1873. Das Schlagwort, die Liberalen ließen die Soldaten verhungern, hatte genügt, die Stellung der Fortschrittspartei zu erschüttern. Die Fortschrittspartei erhielt 1866 nur noch 83 Mandate, die Nachbargruppen zusammen 93, während die Konservativen mit der neu gebildeten freikonservativen Partei es auf 142 Sitze brachten. In der ganzen Periode besteht ein ungefähres Gleichgewicht zwischen den Konservativen und den Liberalen. Bemerkenswerth ist die Vermehrung der Abgeordnetenzahl auf 433 durch den Anschluß der neuen Provinzen (1867). Ferner die Bildung der Nationalliberalen Partei (1866), die im Jahre 1867 mit 101 Mitgliedern einrückte; schließlich die feste Zusammenfügung des jetzigen Zentrums, das es 1870 auf 59 Mandate brachte.

IV. 1873—1879. Bismarck hatte sich anläßlich der neuen Kirchen- und Schulgesetze mit den Konservativen entzweit. Die Folge war, daß statt der im Jahre 1870 noch gewählten 171 Konservativen, ihre Zahl bei den Wahlen von 1873 auf 74 zusammenschmolz. Die Nationalliberalen hatten es auf 178, die Fortschrittspartei auf 72, das Zentrum auf 88 Mandate gebracht. Die Wahlen von 1876 änderten an diesen Verhältnissen fast garnichts.

V. 1879—1898. Bismarck hatte sich den Konservativen wieder genähert; bei den Wahlen von 1879 spielte aber wieder der ganze Verwaltungsapparat für sie; die beiden konservativen Parteien brachten es auf 167 Mandate. Gleichzeitig wuchs das Zentrum auf 99 Mitglieder. Die Nationalliberalen schwanden auf 85 Mann. Die Fortschrittspartei erhielt nur 37 Sitze; neben ihnen gab es 16 Sezessionisten. Bei beständig abnehmender Wahlbetheiligung stieg bei den Wahlen von 1882, 85, 88 und 93 ständig die Zahl der Konservativen, so daß ihnen bekanntlich 1897 nur 3—4 Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlten. Das Zentrum hielt sich unverändert: die Nationalliberalen verloren nach rechts, glichen die Verluste aber durch Gewinne von links aus. Die beiden freisinnigen Parteien wurden auf 14 und 6 Mandate zurückgedrängt. Die Wahlbetheiligung war 1893 wieder auf 18,4 pCt. gesunken.

Zwei Lehren sind aus diesen Zahlen zu ziehen: Erstens zeigt es sich, daß die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses sehr rasch umschlagen kann, und zweitens, daß die Konservativen stets in demselben Maße geschwächt werden, wie die Wahlbetheiligung zunimmt!

Ueber die 1893er Landtagswahlen in Frankfurt a. M.

schreibt die „Volksstimme":

Damals waren 27 614 Urwähler vorhanden, von denen je mehr als 3000 auf die Innenstadt, die nördliche und nordöstliche Außenstadt, sowie Sachsenhausen fielen. Auf die erste Wählerklasse kamen für 228 zu wählende Wahlmänner 799 = 2,9 pCt. aller Wähler, auf die zweite für 215 Wahlmänner 2640 = 9,6 pCt. und auf die dritte für 228 Wahlmänner 24 175 = 87,5 aller Landtagswähler. Unter den letzteren waren 9064 = 37,5 der Wähler dritter Klasse staatssteuerfrei, die in den Listen mit einem fingirten Steuersatz von 3 M. aufgenommen werden. Der höchste Prozentsatz (4,5 pCt.) der „erstklassigen" Wähler befand sich in der östlichen Außenstadt, der höchste (10—12 pCt.) der „zweitklassigen" in der östlichen und nördlichen Außenstadt, der höchste (90 pCt.) der „drittklassigen" in der Innenstadt. Dagegen befanden sich die meisten Steuerfreien (67 pCt.) in Bornheim. Der höchste Steuerbetrag der „Erstklassigen" schwankte zwischen 2134 M. in Sachsenhausen und nicht weniger als 250 758 M. in der nördlichen Innenstadt (Rothschild?); bei den „Zweitklassigen" zwischen 477 M. in Bornheim und 39 473 M. wiederum in der nördlichen Innenstadt; bei der großen dritten Klasse zwischen 79 M. in Bornheim und 2410 M. in der westlichen Außenstadt. So kraß sind die Unterschiede in den einzelnen Bezirken. Nicht weniger kraß aber auch die Zahlenunterschiede bei den Wählern. Die Ziffer der „Erstklassigen" schwankte in den Urwahlbezirken von 1 bis 18, die der „Zweitklassigen" von 1 bis 47, die der „Drittklassigen" von 72 bis 395 Wähler. Die kleinste Zahl hatte im Einzelbezirk eben so viel Wahlmänner zu wählen wie die größte. Diesmal wird es mit diesen Unterschieden voraussichtlich noch toller werden.

Zu stande kamen bei der Urwahl und den Nachwahlen 1893 auf 671 nur 659 Wahlmännerwahlen. Von diesen wurden 8 für ungiltig erklärt, und zwar lauter demokratisch-fortschrittliche, weil nach demokratischer Behauptung die Nationalliberalen bessere Einsicht in die Wahlakten zur Anfechtung gegnerischer Wahlen erhalten hatten. Außerdem scheinen aber auch mehr fortschrittliche als nationalliberale Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl am 7. November 1893 nicht erschienen oder zu spät gekommen zu sein. Als Kandidaten für die beiden Abgeordnetensitze waren von rechts Dr. Oswalt und vom Rath aufgestellt, von links Stadtrath Horkheimer und Rechtsanwalt Dr. Helff, dem wir als wüthendem Sozialistenbekämpfer bei den Reichstagswahlen begegnet sind. Für die ersteren stimmten von 637 Wahlmännern 320 bezw. 321 Wahlmänner, für die letzteren 317 bezw. 309. Oswalt und vom Rath waren somit gewählt. Der höchste Stimmenunterschied zwischen den beiden Parteien betrug also das letzte Mal nur 3 gegen 19 Stimmen bei der vorletzten Wahl 1888.

Seit 1885 steigerten die Demokraten und Freisinnigen ihren Antheil an den zu wählenden Wahlmännern von 43 über 45 auf 47 pCt., konnten aber die erforderliche absolute Mehrheit noch nie in dieser Zeit erreichen. Der Ausfall der letzten Reichstagswahl dürfte ihre Hoffnungen für dieses Mal kaum höher stimmen. Nach einer Aufstellung des hiesigen nationalliberalen Blattes für 1893, die jedoch sehr unvollständig erscheint, hatten die vereinigten Linken die absolute Mehrheit wohl in der ersten Klasse mit 68 gegen 45 rechtsstehende Wahlmänner; in der zweiten Klasse hatten sich beide Theile mit je 63 Wahlmännern die Wage gehalten; in der dritten Klasse jedoch habe die rechte Seite 72, die linke nur 54 Wahlmänner gehabt; dies habe den Ausfall entschieden. Hiermit würde das reaktionäre Blatt allerdings dasjenige bestätigen, was aufmerksame Beobachter schon längst feststellten; in der dritten Klasse entschieden immer die zum Stimmen kommandirten „Uniformen", Polizisten, Eisenbahn- und ähnliche Beamten, denen man oft genug ansah, wie sauer ihnen das Votum für die Reaktion wurde, zu gunsten der letzteren bei der Wahl überhaupt. Und hier kann nur die Betheiligung der Sozialdemokratie gründlich Wandel schaffen.

Es kommt nun für 1898 darauf an, ob es der Sozialdemokratie als der stärksten Partei Frankfurts von den Freisinnigen und Demokraten möglich gemacht wird, mit ihr zusammen und für geeignete Kandidaten offiziell zu stimmen. Dann erst ist nicht blos die Niederlage der Reaktion bei den Frankfurter Landtagswahlen absolut sicher, die sonst noch immer fraglich bleibt, sondern es kann auch etwas Positives für die Stärkung der entschiedensten Opposition im Landtag gethan werden. —

Die letzteren Ausführungen der Frankfurter „Volksstimme" lassen es nicht klar erkennen, ob sie bei ihren Erwägungen den Hamburger Beschluß genau im Auge gehabt hat.

Die „Brandenburger Zeitung"

schreibt: „In der Parteipresse, ganz besonders in den größeren Organen, diskutirt man noch immer über die Art, wie die Partei sich an den Landtagswahlen betheiligen solle, beziehentlich wie der Hamburger Beschluß auszulegen sei, wobei noch mancher Leute Jammer hindurchzuhören ist darüber, daß wir uns überhaupt an den preußischen Wahlen betheiligen. Nun, darüber ist die Partei ja glücklich schon hinweggeschritten; sie betheiligt sich. Wir unsererseits verspüren auch keine Neigung, auf die Diskussionen über die Auslegung des Hamburger Beschlusses nochmals einzugehen und empfehlen den Parteigenossen, wenigstens im Bezirk der „Brandenburger Zeitung", es ebenso zu machen und sich an die Wahlarbeiten zu begeben. Wir haben dreißig Jahre lang in bezug auf die preußischen Landtagswahlen gerastet und mit diesem „stummen Protest" vollständig Fiasko gemacht. Da ist es Zeit, die Arbeit aufzunehmen, die Form derselben ist verhältnißmäßig untergeordneter Natur. Mit der Wahlarbeit an sich werden wir schon Einfluß nehmen auf die preußischen Dinge, und nur in der Wahlarbeit werden wir ein Urtheil gewinnen. Also nur anfangen, und das weitere findet sich! Wir empfehlen den Genossen im Regierungsbezirk Potsdam, bei den Urwahlen so zu verfahren, wie es Brandenburg-Westhavelland machen wird:

In allen Urwahlbezirken, wo sozialdemokratische Wahlmänner zu finden sind, diese aufzustellen —

und

in den Urwahlbezirken, in denen wir sozialdemokratische Wahlmänner nicht haben, für die liberalen Wahlmänner zu stimmen.

Im übrigen aber sind alle Kreise des Regierungsbezirks Potsdam in der Lage, in einer Anzahl von Urwahlbezirken sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen. Damit würde man

dem Wesen nach dem Hamburger Beschluß nicht widersprechen. Wir unsererseits empfehlen ferner den Parteigenossen aller Kreise, die mehr als ein Mandat zu vergeben haben, unsere Wahlmänner nur für einen von zwei, bezw. nur für zwei von drei Freisinnigen zu engagiren, und an Stelle des zweiten bezw. dritten Freisinnigen einem zu nominirenden sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben. Das giebt unseren Wählern ein greifbares Ziel, nöthigt uns zu keinem Kompromiß mit den Freisinnigen und kann uns möglicherweise das eine oder andere Mandat bringen, gerade weil der absonderliche Wahlmodus allerlei Zufälligkeiten Thür und Thor öffnet."

Der „Volkswille" in Hannover

schreibt: „Ist in unserer Provinz selbst unter der erschwerenden Fessel der Singer'schen Auslegung des Hamburger Beschlusses eine Betheiligung an den Landtagswahlen „möglich"? Ja, sie ist möglich. Nicht in einem einzigen Wahlkreise liegen unseres Wissens die Verhältnisse allerorts so ungünstig, daß nicht die Voraussetzungen der Betheiligung erfüllt werden könnten. Jeder Kreis zählt eine Reihe von Orten, in denen wir sehr wohl eigene Wahlmänner aufstellen und zum Siege verhelfen können, wenn auch zumeist nur in der dritten Wählerklasse. Aber das genügt auch völlig für den Zweck, den wir durch unsere Betheiligung erreichen wollen: Die Schwächung der Reaktion.

Zentrum und Bund der Landwirthe.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt heute: „Dem „Berliner Tageblatt" wird von einem angeblichen Bündnisse des „Bundes der Landwirthe" mit dem Zentrum aus dem Wahlkreise Schlochau-Konitz-Tuchel telegraphirt. Der Grund des Bündnisses soll die Unzufriedenheit des Bundes „mit den liberal-konservativen Kompromißkandidaten" sein. Uns ist bisher davon nichts bekannt geworden. Unrichtig ist die Nachricht mindestens theilweise, da einer von den Kandidaten, der dem „Bunde der Landwirthe" angehörige Abgeordnete Hilgendorff, sicher nicht die Unzufriedenheit der Bundesmitglieder erregt hat." —

Stuttgarter Parteitag.

Die **„Sächsische Arbeiter-Zeitung"** hat in der Tagesordnung des Parteitags „schon auf den ersten Blick eine große Lücke" entdeckt. Ein Punkt noch gehöre unbedingt darauf, und das sei: „unsere Taktik". „Um aber alle Abstraktionen möglichst zu vermeiden und die Erörterung auf den Boden praktischer Politik zu stellen," schlägt sie vor, auf die Tagesordnung des Parteitags unmittelbar hinter dem Bericht der Parteileitung und der Kontrolleure als besonderen Punkt zu setzen: „Unsere Stellung zur Sozialreform und zum kapitalistischen Staat".

Die „Sächsische Arbeiter-Ztg." sucht ihr Verlangen u. a. wie folgt zu begründen:

„Es wäre lächerliche und verderbliche Vogelstraußpolitik, wollten wir uns verhehlen, daß die taktischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer Partei sich zu prinzipiellen Meinungsgegensätzen entwickelt haben. Gewiß, die Gegner bauen darauf ihre Hoffnung einer Spaltung innerhalb der Partei, aber wir wollen uns dadurch nicht beirren lassen: die jetzige Klärung der Standpunkte ist nur die nothwendige Folge und der Abschluß der Gährung, die schon seit Jahren in der Partei herrscht, und gerade darin liegt die Gewähr dafür, daß wir aus der Periode der taktischen Schwankungen herauskommen. Gefährlich war die Unklarheit, die Verwirrung schuf, die Energie lähmte und die Initiative zum Stocken bringen mußte. Gefährlich ist es, wenn wir darüber unschlüssig werden, welcher Weg der sozialrevolutionäre ist und welche Mittel sich am besten dazu eignen, um unser sozialrevolutionäres Ziel zu erreichen, — wenn aber die Frage so steht: Sozialistische Revolution, oder Sozialreform — dann kann es keine Schwankungen mehr geben, die Entscheidung muß fallen, nach rechts, oder nach links; und wir sind dessen sicher, daß sie nach links fällt!"

Für die Nothwendigkeit einer Diskussion über die Taktik führt dann die „Sächs. Arb.-Ztg." speziell die Haltung an, die von Auer, Heine, Schippel, Bernstein und Dr. Konrad Schmidt einzelnen Fragen gegenüber eingenommen wurde.

Wenn bei der von der „Sächs. Arb.-Ztg." gewünschten Erörterung aber der Boden der praktischen Politik nicht verlassen werden soll, dann dürfte der von ihr vorgeschlagene Punkt nicht vor dem Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion zu stehen kommen, sondern er müßte hinter diesem eingeschaltet werden, denn im Reichstage wird über den Militarismus, die Kolonialpolitik und die Sozialreform entschieden, auf welche Dinge sich der Leitartikler der „Sächs. Arb.-Ztg." speziell bezieht. Erst wenn der Parteitag den Bericht der Reichstagsfraktion gehört hat, ist er in der Lage, „Beschlüsse zu fassen, die als Direktive für unsere parlamentarische und politische Thätigkeit dienen können". Ob sich freilich die „Sächs. Arb.-Ztg." nach diesen „Direktiven" richten würde, ist sehr die Frage. Gerade unsere Dresdner Kollegin hat z. B. in Beziehung auf ihre Haltung zur Parteipresse nicht gezeigt, daß sie sich um Direktiven des Parteitages sonderlich viel kümmert. Die Anrempelei anderer Parteiblätter wird von ihr, trotz der Direktive des Hamburger Parteitages, die speziell ihr galt, ungeniert fortgesetzt und der parteigenössischen guten Sitte entspricht es doch wohl auch in der Hauptstadt der „sächsischen Höflichkeit" nicht, wenn der Leitartikler des Dresdner Partei-Organs dem Reichstags-Abgeordneten für den 3. Berliner Wahlkreis, W. Heine, ferner Ed. Bernstein, Dr. Konrad Schmidt, Schippel und Auer mit der Unverfrorenheit des echten Tintenfaß-Politikers unterstellt:

„Wir bekämpfen nicht die kapitalistische Ausbeutung, sondern ihre Auswüchse, nicht den kapitalistischen Staat, sondern die jeweilige Regierung; wir bleiben in der Opposition, so lange man uns von sich stößt und uns nichts Anderes übrig bleibt — reicht man uns die Hand, so springen wir über den Stock!"

Diese knappen Sätze soll „mit juristischer Weitschweifigkeit Herr Rechtsanwalt W. Heine" vertreten haben.

Auf unseren Parteigenossen W. Heine hat es der Leitartikler des Dresdener Blattes überhaupt besonders abgesehen. Von ihm sagt er noch:

„Es ist eine Taktik der Grundsatzlosigkeit und Unbeholfenheit, die weder Ja noch Nein zu sagen weiß, sich zwischen den Hindernissen diplomatisch hindurchschleicht und deshalb nie aus den Hindernissen herauskommt, die, weil sie nichts großes erreichen kann, fortgesetzt das Maß des Erreichbaren reduzirt und damit endet, daß sie erreichbar nennt, was ohne jeglichen Kampf zu haben ist, die sich nach keiner Seite gefürchtet und nach allen Seiten lächerlich macht. Diese Taktik anzuwenden heißt das Proletariat aus der Stellung, in der es um die Weltherrschaft kämpft, in die Stellung des Bettlers bringen, der die Hand hält, die ihm ein Almosen reicht."

Solchen bösartigen Unsinn kann nur jemand schreiben, der vom Tintenfaß aus die ganze Welt kommandiren möchte, die Dinge um keine Nüance anders zu beurtheilen als er in seiner unverantwortlichen Stellung es thut. Im ganzen läuft diese Art Kritik auf die entwürdigendste Beschränkung der freien Meinungsäußerung hinaus.

Wenn in dem Artikel die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Entscheidung des Parteitags über die Taktik nach „links" hin ausfallen werde, so sind wir der Meinung, daß der Parteitag unter dieser Entscheidung nach „links" den möglichst häufigen Gebrauch des für den Verfasser des Artikels offenbar so berauschenden Wortes „sozialrevolutionär" **nicht** verstehen wird. Der von dem Verfasser zur Schau getragene Radikalismus besteht zu mindestens neun Zehnteln aus der steten Wiederholung dieses Wortes.

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratie Stettins beschloß energische Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen. Zunächst ist eine Kommission eingesetzt worden, die die Wählerlisten einsehen und die erforderlichen Reklamationen veranlassen soll.

In Braunschweig nahm eine sehr gut besuchte Parteiversammlung Stellung zu dem neuen „sozialdemokratischen" Verein, der kürzlich von den mißvergnügten Elementen gegründet worden ist. Einstimmig wurde eine vom Reichstags-Abgeordneten Blos vorgeschlagene Resolution angenommen, worin erklärt wird, „daß der von den Kreisen des früheren Arbeitervereinsvorstandes und der früheren Preßkommission beabsichtigte besondere Arbeiterverein als eine Partei-Organisation nicht angesehen werden kann. Wenn daher dieser Sonderverein dazu benutzt werden sollte, um einen Ausgangspunkt für neue Parteizwistigkeiten zu schaffen, so würde die Partei genöthigt sein, mit energischen Maßregeln gegen denselben vorzugehen."

Eine Parteiversammlung in Altenburg beschloß, dem Gößnitzer Parteitage die tägliche Herausgabe des „Wählers" vom 1. Oktober ds. Js. an, sowie die Umänderung des Titels in „Altenburger Volkszeitung" zu empfehlen. Das Abonnement soll auf 70 Pf. monatlich erhöht werden, wozu noch 10 Pf. für die „Neue Welt" kommen. Als Redakteur wurde Genosse Stücklen in Hof vorgeschlagen.

Die Gründung eines selbständigen Parteiorgans wird in der Rheinpfalz als Bedürfniß empfunden. Auf der Parteikonferenz des Kreises Kaiserslautern-Kirchheimbolanden hat man sogar die Gründung eines eigenen Kreisorgans für den Fall beschlossen, daß der pfälzische Parteitag die Errichtung einer Druckerei ablehnen sollte.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Unser Partei-Vertrauensmann Koß in Schwerin hat am Tage der Stichwahl einen mit Plakaten beklebten Möbelwagen durch die Straßen fahren lassen, wodurch die Wähler auf den Kandidaten unserer Partei aufmerksam gemacht werden sollten. Das Schöffengericht erblickte hierin einen öffentlichen Aufzug, der polizeiliche Genehmigung erfordert hätte. Da diese nicht eingeholt war, wurde Koß zu 20 M. Geldstrafe oder fünf Tage Gefängniß verurtheilt. Das Landgericht entschied ebenso. — Unter einem Aufzug versteht man in der Regel das geschlossene Zusammengehen einer größeren Anzahl von Personen, nicht die Spazierfahrt eines mit Plakaten beklebten Wagens.

— Das Schöffengericht in Bischofswerda i. S. verurtheilte vor einiger Zeit den Töpfer Werner zu zwei Tagen Haft, weil dieser am 8. Mai, einem Sonntage, vor Beginn des Gottesdienstes im Dorfe Burkau mit seinem Sohne Flugblätter für den sozialdemokratischen Kandidaten vertheilt hat und dadurch groben Unfug begangen haben soll. Die „Belästigung" — die nothwendige Voraussetzung für den „groben Unfug" in solchen Fällen — wurde in dem „aufhetzerischen und unwahren" Inhalt des Flugblattes, sowie darin gefunden, daß ein Empfänger des Flugblattes thätlich gegen die Vertheiler vorging!

Von der Berufungsinstanz, dem Landgericht in Bautzen, ist dieses für Sachsen allerdings nicht merkwürdige Urtheil jetzt bestätigt worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Ausstand der Tapezirer bei der Firma Forck u. Kretschmar ist beendet. Die Arbeiter erhielten sämmtliche Forderungen bewilligt.

Die Berliner Steinsetzer haben der Innung auf den von uns kürzlich schon mitgetheilten bedingten Einigungsvorschlag in der Klagesache betr. die Brüderschafts-Utensilien in einer Versammlung am 23. August folgende Antwort gegeben: Die Versammlung lehnt die von der Berliner Steinsetzer-Innung in dem provisorischen Einigungsprotokoll gestellten Bedingungen ganz entschieden ab, da die Steinsetzer nicht willens sind, der Innung irgend welches Miteigenthumsrecht an den Utensilien der ehemaligen Steinsetzergesellen-Brüderschaft zuzuerkennen. Sollte die unter dieser Bedingung (bedingungslose Ueberweisung der fraglichen Utensilien an das Märkische Provinzialmuseum, Tragung sämmtlicher Kosten des Rechtsstreits durch die Innung) die Klage zurücknehmen wollen, so hat eine diesbezügliche Einigung entweder vor Gericht oder vor einem von den Steinsetzern zu bestimmenden Rechtsanwalt zu geschehen. In letzterem Falle unter Hinzuziehung von drei Zeugen aus der Mitte der Steinsetzer."

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß es bezeichnend für die Innung sei, erst durch alle möglichen Finessen den Steinsetzern ihr wohlerworbenes Eigenthum absprechen zu lassen, und dann denselben zuzumuthen, in dem eventuellen Ueberweisungsschreiben an das Museum mit den vorher Verklagten als gemeinsamer Geber auftreten zu wollen.

Deutsches Reich.

Eine eigenartige Agitationsschrift hat der Holzarbeiter-Verband in großer Auflage herausgegeben. Das kleine Heft zeigt auf dem Umschlag eine die Arbeiterbewegung symbolisirende Illustration und ist auch sonst, abweichend von dem üblichen Agitationsmaterial, sehr geschmackvoll ausgestattet, so daß man annehmen darf, die Broschüre werde von niemand achtlos bei seite gelegt werden. In knapper, angenehm erzählender Form rückt die Schrift dem Leser die Bedeutung und den Werth der Berufsorganisation vor Augen. Wir sind überzeugt, daß sie dem Verband manchen neuen Kämpfer zuführen wird.

Aus Kassel meldet uns eine Privatdepesche. **Die Klempner und Installateure stehen im Streik.** Zuzug ist streng fernzuhalten.

In der Koffer- und Taschenfabrik in Wehlheiden-Kassel befinden sich 18 Sattler im Ausstande. Sie fordern durchschnittlich eine Lohnerhöhung von 15 pCt. Es ist anzunehmen, daß die Tischler sich dem Streik anschließen werden. Es wird deshalb gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

Aus Magdeburg berichtet die „Volksstimme": Die Vorstandsmitglieder der örtlichen Verwaltungsstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg) sind beschuldigt, den Kassenbestand nicht von allen den Zwecken der Kasse fremden Vereinnahmungen gesondert aufbewahrt zu haben, indem sich am 14. Mai 1898 unter den Kassengeldern 90 Pfennig Privatgelder des Kassirers befanden. Geldstrafe: 5 Mark eventuell eine Gefängnißstrafe von einem Tage. Außerdem sind 1,60 Mark Kosten zu tragen. Gerichtliche Entscheidung darüber, ob für die Handlung des Kassirers auch die Vorstandsmitglieder bestraft werden können, ist beantragt. Dem Kassirer der genannten Kasse sind 10 Mark Strafe auferlegt worden.

Die Steinsetzerinnung in Halle a. S. hat die Forderung: Erhöhung des Stundenlohnes für Junggesellen von 30 auf 40 Pf. bewilligt, weil sie, wie es in dem Schreiben an den Gesellenausschuß heißt, „leider infolge der Nothlage einzelner Meister dazu gezwungen sei." Der Zuzug ist deshalb wieder freigegeben.

In Lübeck hatte die Bauhütte als Ersatz für die streikenden Bauarbeiter 35 Czechen engagirt. Von diesen haben sich aber 28 aus eigenem Antrieb mit den Ausständigen solidarisch erklärt; man hatte ihnen verschwiegen, daß in Lübeck ein Streik ausgebrochen war. Die Bauhütte sucht sich nun mit Italienern zu helfen. „Und so bauen denn," — schreibt der „Volksbote" — „Ausländer an der Kaserne, die für die Steuergroschen des lübeckischen Volkes errichtet wird. Unsere Behörden aber rühren sich nicht, außer wenn ein Ausständiger zu notiren ist, der auf dem Trottoir zu lange gestanden hat. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten den ungeheuerlichen Fall im Reichstage besprechen werden."

In Frankfurt a. M. hat die Organisation der Unternehmer des Baugewerks es abgelehnt, mit der Vertretung der streikenden Maurer zu verhandeln. Der Kampf dauert infolgedessen fort.

Die Stuckateure in Chemnitz haben den Meistern einen Lohntarif vorgelegt, worin hauptsächlich gefordert wird: zehnstündige Arbeitszeit, Minimallöhne für Gießer von 4 M., Zementgießer und Former von 4,50 M., Zier- und Modellbauer von 5 M., Zug- und Glättarbeiter von 5,50 M. pro Tag. Verhandlungen sind im Gange.

Ausland.

In dem weltberühmten Badeorte Abbazia am Adriatischen Meere ist infolge zu geringen Verdienstes unter den Kur-Musikanten ein Streik ausgebrochen. Die meisten Musiker sind bereits abgereist.

Aus Cardiff wird telegraphirt: Es sind alle Anzeichen für eine rasche Beilegung des Ausstandes der Kohlenarbeiter vorhanden. Die Mehrzahl der Minen hat ihre Komitees ermächtigt, ihre früheren Forderungen zurückzuziehen und der Basis der gleitenden Skala mit einem Lohnminimum zuzustimmen.

45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

Krefeld, 23. August.

Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland.

Im großen Saale der Stadthalle tagte heute Vormittag der Volksverein für das katholische Deutschland. Etwa 2000 Männer nahmen an dieser Versammlung theil. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Franz Brandts-M.-Gladbach, eröffnete die Versammlung um 9¾ Uhr mit einer kurzen Begrüßungsansprache, in der er auch die Aufgaben und Ziele des Vereins, die auf eine wirksame und praktische Sozialreform hinauslaufen sollen, in wenigen Worten kennzeichnete. Er empfahl dabei die Anlegung guter Bibliotheken, Maßnahmen hygienischer Art zum besten der Arbeiter, wie Errichtung von Normalwohnungen, Erhöhung ihrer Lebenshaltung, ohne utopistischen Strömungen nachzugehen. Um dies zu erreichen, sei auch eine soziale Schulung der Arbeiter nothwendig. Auf dem Wege der Selbsthilfe, durch eigene Kraft werde das nicht erreicht werden. (Lebhafter Beifall.) — Generalsekretär Dr. Pieper-M.-Gladbach erstattete sodann den Jahresbericht. Daraus ging hervor, daß der Verein heute 180 885 Mitglieder zählt. Er hat auch im vorigen Jahre große Fortschritte gemacht. In seiner achtjährigen Thätigkeit hat der Verein 21 Millionen soziale Schriften verbreitet und 6000 Versammlungen in Stadt und Land abgehalten. Seine Hauptthätigkeit war der Fortführung der ins Stocken gerathenen Sozialreform und der Abwehr der Sozialdemokratie gewidmet. Der Verein zählt 309 Bezirksleiter und 7 bis 9000 Vertrauensmänner in ganz Deutschland. Im letzten Jahre wurden 600 Volksversammlungen durch den Verein veranstaltet, besonders in Württemberg. Druckschriften wurden 2¾ Millionen vertheilt, darunter 1½ Millionen sozialpolitischer Flugblätter, deren es 16 verschiedene giebt. An 250 Zeitungen wurden Artikel sozialpolitischen Inhalts gesandt. 1779 sozialwissenschaftliche Bücher wurden aus der Vereinsbibliothek verliehen. Im ganzen wurden bis jetzt durch den Verein 25 Volksbureaus gegründet. Theologen, die Nationalökonomie studiren, wurden Stipendien verliehen. Der Redner war aber der Ansicht, daß noch viel mehr geschehen müsse. — Die Rechnungsablage ergab eine Einnahme von 150 709 M. und eine Ausgabe von 112 183 M. — Der Vorstand wurde hierauf einstimmig wiedergewählt. Die beiden Vorsitzenden sind demnach Franz Brandts-M.-Gladbach und Karl Trimborn-Köln. Ferner gehören dem engeren Vorstand an Prof. Franz Hitze, Dr. Aug. Pieper und Joh. Effan-Köln.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten betrat Abg. Dr. Karl Bachem die Rednertribüne. Er bemerkte, daß der Volksverein der wichtigste katholische Verein sei. Es sei deshalb Pflicht jedes Katholiken, diesem Verein beizutreten. Daß im vorigen Jahre der Verein nur um 1000 Mann zugenommen habe, sei zu wenig. Das sei nur ein Bataillon, während die Sozialdemokratie in demselben Zeitraum um ein Armeekorps zugenommen. Die sozialdemokratische Gefahr solle nicht überschätzt werden. Wenn jeder seine Pflicht thue, werde das Kreuz siegen. Aber es sei der größte Fehler, den man begehen könne, wenn man die sozialdemokratische Gefahr überschätze. Auch auf protestantischem Gebiete gäbe es wackere Leute, die gegen die Sozialdemokratie arbeiten. Aber der Hauptfeind der Sozialdemokratie sei der Katholizismus. Wenn Singer gesagt habe, wir wollen nicht ruhen, bis auf allen Kirchen die rothe Fahne weht, demgegenüber sage das Zentrum, wir wollen nicht eher ruhen, bis nicht nur auf allen Kirchen, sondern auch auf allen Rathhäusern, allen Fabriken und auf der Hütte eines jeden Arbeiters das Kreuz erstrahle. (Stürmischer Beifall.) Vor allem sei nöthig, daß die soziale Gesetzgebung, die so schön angefangen habe, ihren Fluß behalte. Aber der Staat könne nicht alles. Die berufsgenossenschaftliche Selbsthilfe müsse die Gesetzgebung ergänzen. Leider müsse man von der Handwerkerbewegung sagen, jetzt, wo die Grundlage geschaffen sei, geht es sehr langsam voran, woher komme es, daß weder bei den Bauern, noch bei den Handwerkern, noch bei den Arbeitern, noch bei den Kaufleuten das genossenschaftliche Leben noch so wenig entwickelt sei. Es komme daher, weil der soziale Sinn im Volke noch nicht durchgedrungen sei. Hier müsse der Volksverein einsetzen. Keiner dürfe aber nur in seiner Genossenschaft arbeiten. Das führe zu dem von der Sozialdemokratie geschürten Klassenkampfe. Sondern jeder müsse auch außerdem für seine Familie, seine Stadt und Staat thätig sein. Einseitigkeit sei unbedingt zu vermeiden. Leider herrschten Vorurtheile sowohl bei den wohlhabenden Klassen wie bei den Arbeitern. Wenn aber in allen Ständen die soziale Gesinnung geweckt und gefestigt sei, dann werde es immer wieder vorwärts gehen, und die Pausen im Fortschritt würden immer kürzer werden. (Stürmischer Beifall.) — Kapuzinerpater Benno Aurachcr behandelte die ideale Seite des Volksvereins auf der Grundlage des Gedankens, daß auch in dem Bestreben um die Hebung der materiellen Existenz eine große Idee liege. Gegenwärtig handele es sich für einen Volksverein darum, die berufsgenossenschaftliche Organisation des ganzen Volkes einzuleiten und zu verwirklichen. Wenn das aber erreicht, ergebe sich für den Volksverein eine neue Aufgabe, nämlich ausgleichend zu wirken zwischen den einzelnen Ständen und Genossenschaften, die, wenn die allgemeine Organisation erreicht sei, leicht in den Fehler des Egoismus verfallen könnten. Das Wirken für die Gesammtheit sei das Ideal. Jeder müsse da Opfer bringen. Der Niedrigstehende habe ebenso Pflichten gegenüber den Höherstehenden, wie es umgekehrt der Fall sei. Jetzt sei leider die Kluft zwischen den Ständen da. Der Anfang zur Ueberbrückung müsse von oben herab gemacht werden. Der Redner schloß mit einer Empfehlung des Volksvereins, dem jeder Katholik angehören müsse. — Abg. Gröber wandte sich gegen den Gedanken des Liberalismus, der zur Sozialdemokratie führe. — Der Vorsitzende, Fabrikant Brandts, schloß die Versammlung gegen 12 Uhr.

In der heutigen geschlossenen Generalversammlung wurden mehrere der von uns in dem ersten Berichte schon mitgetheilten Anträge bezüglich der Presse angenommen.

Eine längere Debatte veranlaßte das Thema: „Farblose Presse."

Es wurde beschlossen:

„Die Generalversammlung beklagt lebhaft, daß in katholischen Familien die sogenannte unparteiische und farblose Presse immer noch eine unverhältnißmäßig weite Verbreitung findet.

Die Generalversammlung macht nachdrücklich und wiederholt auf die Wichtigkeit der Verbreitung und Fortentwickelung des katholischen Zeitungswesens aufmerksam. Sie fordert alle Katholiken ohne Ausnahme, jeden in seinem Kreise und nach seinen Fähigkeiten, auf:

1. die gegnerische, besonders die sogen. farblose Presse möglichst zurückzudrängen, sie namentlich auch nicht ohne Nöthung durch Anzeigen und sonstige besonders das kirchliche Leben betreffende Mittheilungen zu unterstützen; dagegen

2. der eigenen Presse durch Abonnement, Empfehlung, Nachfrage in Gasthöfen und auf Bahnhöfen, ferner auch durch Inseriren und Mitarbeit kräftig und nachhaltig zu immer größerer Verbreitung und Bedeutung zu verhelfen.

Die Generalversammlung macht noch besonders auf die Bedeutung der kleinen, wöchentlich zwei- bis dreimal erscheinenden sogenannten Lokalblätter im Kampfe gegen die Sozialdemokratie aufmerksam, welche, wie die Erfahrung lehrt, gerade von dem arbeitenden Volke mit Vorliebe gehalten und gelesen werden. Darum hält sie es aber für nothwendig, auch diese Blätter inhaltlich so zu gestalten, daß das Halten gegnerischer Blätter entbehrlich wird. Dabei ist besondere Aufmerksamkeit auf den Ton zu richten; je ruhiger und besonnener ein Blatt gehalten ist, um so mehr wird es wirken."

Im weiteren wurden mehrere Beschlüsse bezüglich der Missionen gefaßt.

Bezüglich der konfessionellen Schulen in der Diaspora (zerstreut lebende Glaubensgenossen) wurde die schon von uns erwähnte Resolution beschlossen.

Endlich wurde die Unterstützung des am 10. August zu Freiburg in Schlesien begründeten „Internationalen katholischen Mädchenschutz-Verbandes", sowie eine größere Fürsorge für die katholischen Strafentlassenen empfohlen.

Krefeld, 23. August 1898.

Gegen 5¼ Uhr nachmittags eröffnete der zweite Vorsitzende, Abg. Rechtsanwalt Dr. Stephan-Beuthen O.-S. die Versammlung mit dem katholischen Gruße und ertheilte sogleich dem Weihbischof Dr. Schmitz das Wort. Dieser, mit stürmischem Beifall empfangen, bemerkte: Er habe den Eindruck, daß die Katholiken gewachsen seien. Früher genügten zu den Katholiken-Versammlungen die kleinsten Säle, heute reichen die größten Säle nicht mehr aus. Die Katholiken seien aber nicht nur an Zahl, sondern auch an innerer Festigkeit und Einigkeit gewachsen. Jetzt stehe der einfachste Arbeiter felsenfest zum heiligen Vater in Rom, der bemüht sei, die soziale Lage der Arbeiter zu bessern. (Stürmischer Beifall.) „Wir sind aber auch vollständig einig bis auf den letzten Punkt unseres Programms. Wir unterscheiden uns nicht mehr in Schlesier, Rheinländer, Bayern und Badenser u. s. w., wir sind einfach Katholiken und haben uns wie Brüder lieb. (Stürmischer Beifall.) Wir sind somit ein mächtiger staatserhaltender und gesetzgeberischer Faktor. Wer katholisch ist, ist noch lange nicht dumm. (Stürmischer Beifall.) Man hat uns Mangel an Vaterlandsliebe und Haß wegen des Kulturkampfes vorgeworfen. Diese Vorwürfe sind vollständig unberechtigt. Wir haben keine kulturkämpferischen Beklemmungen mehr. Wir können es aber nicht länger ertragen, daß wir mit Ausnahmemaßregeln behandelt werden. Wir können es nicht länger ertragen, daß die Engländer sich rühmen, bei ihnen ist die Parität der Katholiken längst durchgeführt, während wir dieselbe noch erstreben. Wir können es nicht länger ertragen, daß die Amerikaner uns zurufen: bei uns ist die Religionsfreiheit längst vorhanden und die Holländer uns zurufen: bei uns herrscht das freieste Klosterleben, an den deutschen Grenzpfählen steht aber geschrieben: „Kindern, Zigeunern und Jesuiten ist der Eintritt in das deutsche Vaterland verboten." (Stürmischer Beifall.) Wir Katholiken haben jeder von uns die heilige Pflicht, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unseren vollen Einfluß geltend zu machen. Wir müssen bemüht sein, ein tapferes Geschlecht zu erziehen, das einen starken Damm gegen den Umsturz bilden soll.

Universitäts-Professor Dr. Schrörs (Bonn) sprach hierauf über die christliche Kunst, ihre Entwickelung, Hindernisse und Förderung. Er schließt mit folgenden Worten: Das deutsche Volk sei eben durch eine sogenannte neue Kunstrichtung sittlich vergiftet. Angesichts dieser Umstände rufe er aus: Alte christliche Kunst, komme herbei und rette uns. Katholiken! Eine tausendjährige christliche Kunst sieht auf uns herab. (Stürmischer Beifall.)

Es folgte ein Vortrag des Abg. Oberlandesgerichts-Raths Roeren (Köln-Lindenthal) über die Universalität der katholischen Kirche und die nationale Frage, mit besonderer Berücksichtigung der römischen Frage: Wir stehen nach wie vor treu und fest zu unserer katholischen Kirche und unserem heiligen Vater in Rom. Dies beeinträchtigt aber nicht einen Augenblick unsere Vaterlandsliebe. Wir sind allerdings keine Chauvinisten. Wir kennen keinen Nationalitätenhaß. Der Redner beklagte es im weiteren, daß seit dem 20. September 1870 der heilige Vater in Rom Gefangener im Vatikan sei. Leider haben wir nicht die Macht, Regierungen zwingen zu können, den Thron des heiligen Vaters wieder freizugeben. Allein wir Katholiken werden diese Forderung immer und immer wieder stellen; wir werden immer lauter unsere Stimme erheben. Wir werden nicht eher ruhen, bis den Stimmen der Katholiken der Welt volles Gehör und Beachtung gewährt werden wird. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Abg. Landgerichtsrath Gröber-Heilbronn sprach danach über die Staatskunst der Katholiken Deutschlands (besonders ihrer Vertreter der Zentrumspartei). Der Redner führte in längerer Rede aus, daß die Zentrumspartei keine konfessionelle, sondern eine politische Partei sei. Dafür spreche schon der Umstand, daß selbst Protestanten, wie Schulze in Baden und der frühere Redakteur der „Kreuz-Zeitung", Herr v. Gerlach, Mitglieder der Zentrumspartei waren. Wenn auch sehr wenige Protestanten Mitglieder der Zentrumspartei waren, so unterliege es doch keinem Zweifel, daß das Zentrum stets allgemeine und keineswegs blos spezielle katholische Interessen vertheidigt habe. Einsichtige protestantische Männer hatten auch eingesehen, daß der Kulturkampf nicht blos der katholischen Kirche, sondern der Kirche überhaupt galt. Wenn das Zentrum nicht so fest gestanden und der gewaltige rücksichtslose Staatsmann gesiegt hätte, dann wäre der Katholizismus dem Zäsaro-Papismus verfallen. Dem Zentrum sei es zu danken, daß der Welt dies Schauspiel erspart geblieben sei. Wir haben niemals den Boden des Gesetzes verlassen, wir haben niemals wie in Oesterreich obstruktive Politik getrieben. Wir haben niemals die Grenzen des passiven Widerstandes überschritten. Dadurch haben wir den großen Staatsmann gezwungen, zum Rückzug zu blasen. Der Redner erwähnte im weiteren die Stellung des Zentrums bei den verschiedenen Gesetzen und schloß mit der Versicherung, daß das Zentrum keinerlei Sonderinteressen verfolge, sondern stets für die volle Freiheit der Kirche und des Glaubens, aber auch für die wirthschaftliche Besserstellung und politische Freiheit des gesammten deutschen Volkes mannhaft eintreten werde. (Stürmischer Beifall.) Danach schloß die zweite öffentliche Generalversammlung gegen 8½ Uhr abends.

Gerichts-Zeitung.

Kottbus, 23. August. Gegen unseren Parteigenossen Reichstags-Abgeordneten Antrick, wurden heut vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zwei Anklagen wegen Beleidigung von Polizeibeamten verhandelt. Die erste datirt schon aus dem Jahre 1897. Damals, zur Zeit der Berathung des Recke'schen Vereinsgesetz-Entwurfes, hatte Antrick in einer Rede in Spremberg die Befähigung der Gendarmen und Schutzleute zu den Aufgaben in Zweifel gezogen, die ihnen die lex Recke übertragen wollte. Er hatte dabei auf die Mangelhaftigkeit der Vorbildung der aus dem Unteroffizierstande hervorgegangenen Unterbeamten hingewiesen. Nach Jahr und Tag erhielt er plötzlich eine Anklage, weil er durch einige Wendungen dabei die dem Landrath in Spremberg unterstellten Polizeibeamten beleidigt habe. Genosse Antrick bestritt jeden Gedanken einer Absicht, gerade diese Beamten zu treffen, er habe vielmehr aus seinen eigenen Erfahrungen von bestimmten recht unwissenden Leuten gesprochen, die sich dem Berufe unterer Polizeibeamten gewidmet hätten, und er habe, anknüpfend an die von Rickert im Landtage bekannt gemachten Ungesetzlichkeiten bei der Handhabung des Vereinsgesetzes betont, daß solche Vorfälle bei Annahme des Recke'schen Vereinsgesetzes sich vermehren müßten. Er habe ausdrücklich hervorgehoben, daß nicht alle Polizeibeamten so unwissend seien. Dies gaben die als Zeugen vernommenen Polizeibeamten zu, aber sie meinten, daß Antrick zunächst allgemein von der Unwissenheit und der Arroganz der Polizei gesprochen habe, und daß er erst, als das Publikum darüber gelacht habe, die einschränkenden Bemerkungen hinzugefügt habe. Demgegenüber bewies es sich wieder als ein großer Nachtheil für den Angeklagten, daß eine so lange Zeit seit dem Vorfalle verstrichen war, denn die Entlastungszeugen wußten zwar im allgemeinen zu bekunden, daß sie nicht den Eindruck eines Angriffs gegen die Spremberger Polizei gehabt hatten, sie konnten sich aber naturgemäß der Einzelheiten des Wortlauts nicht mehr entsinnen. Die Polizeibeamten dagegen beriefen sich auf ihren schriftlichen Bericht. Ein Zeuge bekundete noch, daß das Lachen in der Versammlung seiner Auffassung nach durch eine Bewegung des Polizeibeamten Michalke hervorgerufen worden sei, der den Angeklagten in auffälliger Weise dabei angesehen habe.

Der Vertheidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine aus Berlin beantragte, noch die Rickert'schen Ausführungen aus den Landtagsdebatten und die Recke'sche Antwort zu verlesen, worin der Minister zugiebt, daß er über die Handhabung des Vereinsrechts durch gewisse Beamte geradezu erschrocken sei. Das Gericht erklärte diese Verlesung jedoch für unnöthig, da dies ohne weiteres geglaubt werde, und da es bekannt sei, daß solche Mißgriffe vorkämen.

Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängniß, da die Beamten, das feste Bollwerk gegen die Umsturzbestrebungen, gegen Angriffe geschützt werden müßten, worauf der Vertheidiger Gelegenheit nahm, die politischen Angriffe des Staatsanwalts gegen die Sozialdemokratie entschieden zurückzuweisen. Das Gericht hielt die Absicht der Beleidigung für erwiesen und verurtheilte den Angeklagten zu 300 M. Geldstrafe.

Die zweite Anklage hatte einen humoristischen Anlaß. Die Polizei zu Kottbus hatte es am 1. Mai d. J. für nöthig gehalten, die Maifeier unserer Genossen durch mehrere Beamte zu überwachen, die in der friedlichen Menschenmenge etwas sehr überflüssig aussahen. Darüber hatte Antrick in einer Versammlung gescherzt und gemeint, es hätte so ausgesehen, als sollten die Beamten aufpassen, daß keiner der Turner vom Reck — oder wie ein Zeuge gehört haben wollte, „vom Stängelchen" — fiele. Flugs fühlte sich die Kottbuser Polizei beleidigt, stellte Strafantrag wegen Verhöhnung der abgeordneten Polizeibeamten, und der Staatsanwalt dachte unserem Genossen zwei Wochen Gefängniß zu. Rechtsanwalt Heine beanspruchte in längeren Ausführungen für den Deutschen das Recht auf Humor und gute Laune. Niemand, auch kein Beamter, könne verlangen, stets als steife Respektsperson betrachtet zu werden. Es könne jedem passiren, daß er in eine komische Lage käme, dann erfordre es der gute Geschmack, sich auch das Gelächter der Menschen mit guter Miene gefallen zu lassen. Zudem richte sich Antrick's Bemerkung garnicht gegen die überwachenden Beamten, sondern gegen die überflüssige Anordnung, wodurch sie in diese komische Situation gebracht worden seien, zu überwachen, wo es nichts zu überwachen gab. Das Gericht konnte sich ebenfalls nicht davon überzeugen, daß eine Beleidigung vorläge und sprach frei.

Wegen Unterlassung der An- und Abmeldung der Vereinsmitglieder des „Allgemeinen Arbeitervereins" in Neumünster wurden vor dem dortigen Schöffengericht drei Mitglieder des Vorstandes zu je 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

Gleiwitz O.-S., 22. August. In der Wahlzeit, am Himmelfahrtstage, hatten die Genossen Winter aus Königshütte, Trallst, Alon, Prier und Slotta aus Gleiwitz in Kieferstädtel Flugschriften vertheilt. Die Vertheilung hatte nachmittags kurz nach 1 Uhr stattgefunden und bei der Kleinheit des Oertchens Kieferstädtel nur kurze Zeit gedauert. Als sie beendet war, wurden die Verbreiter polizeilich sistirt, nach Erlaubnißscheinen gefragt, und der Rest ihrer Schriften wurde ihnen ohne Angabe eines Grundes abgenommen. Diese Flugblattvertheilung bildete heute den Gegenstand einer Schöffengerichts-Verhandlung gegen die genannten Genossen; es wurde ihnen zur Last gelegt, durch jene Schriftenverbreitung die Sonntagsruhe gestört und groben Unfug verübt zu haben; der grobe Unfug soll dadurch verübt worden sein, daß die Bürger von Kieferstädtel durch die Vertheiler der Schriften in ungebührlicher Weise belästigt wurden und daß durch sie ein Menschenauflauf herbeigeführt wurde.

Zur Verhandlung waren sieben Belastungszeugen geladen worden, darunter der Bürgermeister von Kieferstädtel, ein Gendarm und eine Polizeisergeantenfrau, die von Winter beantragte Ladung zweier Entlastungszeugen war „mit Rücksicht auf die bereits geladenen Zeugen als unerheblich abgelehnt" worden. Die Angeklagten gaben in der Verhandlung an, daß von einer Störung der Sonntagsruhe durch ihre Thätigkeit keine Rede sein könne, da die Schriftenvertheilung keine geräuschvolle Arbeit, ja überhaupt keine Arbeit im Sinne der Bestimmungen über die Sonntagsruhe sei; ihre Thätigkeit sei auch nicht bezahlt gewesen. Der Menschen-Auflauf sei nicht durch sie verursacht worden, sondern durch die Art, in der die Polizei gegen sie einschritt, insbesondere durch den Bürgermeister, der von seiner Wohnung am Ringe aus mit lauter Stimme Anordnungen traf und den Polizeibeamten Befehle gab. Die Zeugen sprachen sich sämmtlich im Sinne der Anklage aus, Entlastungszeugen standen den Angeklagten nicht zur Seite. So mußte es zur Verurtheilung kommen. Winter wurde zu 50 M., Trallst und Slotta zu je 20 M. und Peier zu 10 M. Strafe verurtheilt. Alon war nicht erschienen. Während der Verhandlung protestirte der Angeklagte Winter gegen die merkwürdige Art und Weise, in der der Vorsitzende bei der Zeugenvernehmung seine Fragen zu stellen beliebte.

Gegen das Urtheil wird Berufung eingelegt. Es wird zwar nur schwer gelingen, Kieferstädteler Bürger als Zeugen dafür zu gewinnen, daß eine ungebührliche Belästigung der Bewohner von Kieferstädtel durch die Angeklagten nicht stattgefunden hat und daß der Auflauf nicht durch sie, sondern durch die Polizei verursacht worden ist; sicherlich giebt es in Kieferstädtel genug Leute, die das bezeugen könnten, aber es gehört unter den hiesigen Verhältnissen ein wahrer Heldenmuth dazu, dem Zeugniß der Belastungszeugen ein anderes entgegenzusetzen. Dagegen ist entschieden zu erwarten, daß die höhere Instanz die Verurtheilung der Genossen wegen Störung der Sonntagsruhe aufhebt, da sie der bisherigen Rechtsprechung zuwiderläuft und alle Agitationsthätigkeit an den Sonntagen unmöglich machen würde. Sie soll es ja wohl auch.

Als Schöffen fungirten ein „herrschaftlicher" Förster und ein „herrschaftlicher" Wirthschaftsbeamter; Vorsitzender war Amtsrichter Dr. Friedländer.

Wegen grober Ungebühr vor Gericht wurde aus derselben Sitzung der Kammer II der bei Jandorf u. Comp. beschäftigte Komptorist Schwarz auf 12 Stunden in das Polizeigefängniß am Alexanderplatz abgeführt. Schwarz, der als Zeuge vernommen wurde, gab durch sein Benehmen wiederholt Anlaß zu Rügen. Als er sich dann auf das eine der für die Parteien bestimmten Pulte ostentativ auflehnte und mit unnachahmlicher Geberde seinen Schnurrbart zwirbelte, verwies ihn Gewerberichter v. Schulz abermals sein Verhalten und bemerkte, ob er nicht wisse, wie er sich vor Gericht zu benehmen habe. Schwarz erwiderte darauf: Wir sind doch nicht hier in der Kaserne! Der Gerichtshof verurtheilte ihn nunmehr zu 12 Stunden Alexanderplatz.

In dem Prozesse des Freiherrn von Stumm gegen die „Neunkirchener Zeitung" wurde der verantwortliche Redakteur dieser Zeitung, Richard Laves, zu 500 M. Geldstrafe eventuell 50 Tagen Gefängniß, zum Tragen sämmtlicher Kosten sowie zur Veröffentlichung des Urtheils in mehreren Zeitungen verurtheilt.

Eine neue Entdeckung hat das Ober-Landesgericht in Frankfurt a. M. gemacht. Der indirekten Majestätsbeleidigung hat man jetzt eine „versteckte Drohung" hinzugefügt. Beim Schutz der Arbeitswilligen kann diese neueste juristische Auslegung gewandten und strebsamen Richtern und Staatsanwälten gute Dienste thun. Der Streik in der Schriftgießerei von Ludwig u. Mayer, in Frankfurt a. M. bildete am 17. d. M. einen Gegenstand der Verhandlung vor dem Ferien-Strafsenat des Ober-Landesgerichts. Vor dem Schöffengericht waren zwei Arbeiter des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung angeklagt worden. Der eine, Dornis, wurde zu eine Gefängnißstrafe von einem Monat verurtheilt, der andere, Thom, zu einer Woche. Auf erhobene Berufung wurde das Urtheil der ersten Instanz aufgehoben, der erstere freigesprochen, gegen den letzteren das Verfahren eingestellt. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Resultat der interessanten Verhandlung war, daß das Urtheil gegen Thom bestätigt, dasjenige gegen den ersteren an die Strafkammer zurückgewiesen wurde und zwar mit folgender merkwürdigen Begründung:

„Die Strafkammer habe ihre Freisprechung damit begründet, daß keine Bedrohung im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung vorliege, weil nicht die Hinzufügung eines Uebels, wenn sich die neu eingestellten Arbeiter dem Streik anschlössen, angekündigt worden sei; nun setze der § 153 allerdings die Drohung eines Uebels voraus. Das Gericht sei mit der Oberstaatsanwaltschaft einverstanden, daß hier die Drohung in sehr weitem Sinne, im Zusammenhange mit den Vorgängen, ausgelegt werden müßte. Es sei nicht erforderlich, daß ganz ausdrücklich gesagt werde, daß bei einer Nichtbetheiligung an einem Streik gesagt werde, daß dies oder jenes Uebel dem Arbeiter zugefügt werde, es genügten schon „versteckte Drohungen", welche mitunter das allerschlimmste seien, es sei auch nicht erforderlich, daß der Thäter selbst die Drohung verwirklichen könnte oder wollte, so bald er nur einen Einfluß seinerseits in Aussicht stelle, genüge dies, denn der Beklagte sei Vorsitzender einer Kommission, welche mit dem Streik sich befaßte, gewesen. Nach Ansicht der Revisionsinstanz hätte das Landgericht genau die Bedeutung der Worte in einem Briefe in näheren Betracht ziehen sollen, abgesehen von der moralischen Seite der Sache, in welcher sie von der gesammten Arbeiterschaft betrachtet, oder ob sie nicht von den Adressaten hätten aufgefaßt werden können, als sollten sie der menschlichen Gesellschaft zurückgesetzt, gegen sie Maßregeln ergriffen werden, wenn sie sich nicht dem Willen der Streikenden fügen. Diese Erwägung hätte das Landgericht unter allen Umständen eintreten lassen müssen, da es dies nicht gethan, so habe das Gericht angenommen, daß es möglich sei, daß der § 153 der Gewerbe-Ordnung verletzt sei, es komme aber noch weiter dazu, ob nicht nach dem Gesammtinhalt der an die in Frage stehenden Arbeiter gerichteten Briefe, nicht als eine Ehrverletzung oder Verrufserklärung aufgefaßt werden könne. Diese Briefe habe der Angeklagte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender unterschrieben." — Wir hätten hier somit einen Fall, ähnlich dem berüchtigten „dolus eventualis"! Man darf jedenfalls auf die Entscheidung der erneuten Strafkammer-Verhandlung gespannt sein.

Spanien und Amerika.

Die Beschlüsse der von uns vor einigen Tagen erwähnten Versammlung, die von amerikanischen Politikern verschiedener Richtung zum Zweck des Protestes gegen die Annexionspolitik einberufen wurde, hat nun stattgefunden und sich für die blos zeitweise Besetzung des eroberten spanischen Kolonialbesitzes ausgesprochen. Die Besetzung soll blos ein Uebergang zu der selbständigen Verwaltung Kuba's, Portorico's und der Philippinen sein. Dem Anscheine nach dürfte aber die entgiltige Annexion Portorico's, Manila's und einer Ladronen-Insel sicher sein und die Verhältnisse in Kuba dürften früher oder später auch die erwünschte Veranlassung zu einer völligen Angliederung an die Union bieten.

Wie das New-Yorker Blatt „The Journal" telegraphisch aus Washington meldet, ernannte der Präsident Mac Kinley noch zwei Mitglieder der Kommission für den Friedensschluß, nämlich: den Richter Eduard White von Luisiana und den früheren Marinesekretär Tracy. — Nach einer Meldung des „New-York Herald" aus Washington instruirte Mac Kinley die Friedenskommission dahin, wenigstens die Insel Luzon für die Vereinigten Staaten zu fordern.

Nach einem Telegramm des „Journal" aus Manila befahl Aguinaldo den Aufständischen, die Waffen niederzulegen. General Merritt übernahm die Geschäfte des Gouverneurs.

Aus Madrid liegen heute die folgenden Depeschen vor:

Die Königin-Regentin unterzeichnete die Dekrete, durch welche die Kortes zum 5. September einberufen werden, und betreffend die Festsetzung der Wahlen für die Generalräthe. Für die Wahlversammlungen werden die Bestimmungen über Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft gesetzt werden.

Die Regierung erklärt, sie habe von einem Befehl an Admiral Cervera, mit seinem Geschwader Santiago de Cuba zu verlassen, nichts gewußt. Der Befehl sei vielmehr vom General-Gouverneur von Kuba gegeben worden. — Ministerpräsident Sagasta erklärt, da Jaundenes in Manila kriegsgefangen ist, sei General Rios General-Gouverneur der Philippinen.

Nach dem gestrigen Ministerrath erklärte der Marineminister Aunón, die Regierung habe noch keine amtliche Depesche betreffend die Uebergabe Manila's erhalten.

Aus Manila wird telegraphirt: Am 16. d. M. ist der Waffenstillstand bekannt geworden. Die Amerikaner haben die Insurgenten aufgefordert, sich nach ihrer ursprünglichen Stellung zurückzuziehen; zwischen der Stellung der Insurgenten und der Stadt sollte eine neutrale Zone sein. Die Insurgenten haben die Vorstädte im Osten und Norden besetzt.

Aus San Juan (Portorico) wird gemeldet: Die hiesige Hafeneinfahrt ist seit gestern wieder frei für Schiffe aller Nationen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 24. August. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Im Schramm'schen Etablissement auf der Peute explodirten sämmtliche Feuerwerkskörper, die bei Gelegenheit der Feier des Gauturnfestes abgebrannt werden sollten. Es entstand eine entsetzliche Panik. Die zischenden brennenden Körper flogen nach allen Seiten und verbrannten die wild auseinander stürmende Menge. Etwa fünfzig Personen, meistens Knaben, erlitten Brandwunden; mehrere Personen wurden sehr schwer verbrannt und liegen bedenklich krank darnieder. Ein lichterloh brennender Knabe wurde, um die Flammen an seinem Körper zu löschen, in einen Wassergraben geworfen.

Breslau, 24. August. (W. T. B.) Die 26. Versammlung des Vereins Deutscher Forstmänner wurde heute Vormittag im Sitzungssaale des Landeshauses durch den Landforstmeister Dr. Danckelmann-Eberswalde eröffnet. Zum Präsidenten wurde Geheimrath von Ganghofer-München gewählt. Namens des Landwirthschafts-Ministeriums begrüßte Landforstmeister Wächter-Berlin die Versammlung. Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Olmütz, 24. August. (W. H.) Infolge falschen Feuerlärms brach in der Wallfahrtskirche auf dem Heiligenberg eine furchtbare Panik aus, wobei ein Kind erdrückt und mehrere Wallfahrer schwer verletzt wurden.

Budapest, 24. August. (W. H.) Heute Vormittag um 11 Uhr haben die Ausgleichsverhandlungen zwischen den österreichischen und ungarischen Regierungsvertretern begonnen. Beide Regierungen verpflichteten sich, dem Kaiser sofort Bericht über die Berathungen zu erstatten, im übrigen aber strengstes Stillschweigen über den Gang der Verhandlungen zu bewahren. Sobald der Kaiser das voraussichtlich progressive Ergebniß genehmigt haben wird, soll dasselbe in Gesetzesform niedergelegt und dem ungarischen Reichstag unterbreitet werden. Alsdann soll auch die Publikation erfolgen.

Prag, 24. August. (W. H.) Alle Nachrichten über eine bevorstehende Aufhebung der Sprachenverordnung, Verfassungsänderungen und Wahlreformpläne sind „Narodni Listy" zufolge völlig unbegründet.

Kopenhagen, 24. August. (W. T. B.) Gestern Abend gingen wieder schwere Gewitter über Fünen, Seeland und Schonen nieder. Bisher wurden 20 Feuersbrünste als Folge von Gewittern gemeldet.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Allgemeiner deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Kongreß.

Der Kongreß trat am 22. August in Mannheim zusammen. Er war von 39 Städten durch 35 Delegirte beschickt, die etwa 20 000 Schneider und Schneiderinnen, vertraten. Zu Vorsitzenden wurden Sabath aus Hamburg und Mahlke aus Flensburg gewählt.

Frl. Baader aus Berlin gab den Bericht der Fünfer-Kommission. Die Rednerin legte dar, daß durch den Streik in der Konfektionsbranche im Jahre 1896 nur ganz geringe Lohnaufbesserungen errungen worden seien. Der hauptsächlichste Erfolg liege darin, daß unter den Arbeitern der Schneiderbranche das Solidaritätsgefühl zu erwachen beginne. Trotzdem aber sei das Resultat der Bestrebungen der Fünfer-Kommission, die die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schneiderbranche aufrütteln und organisiren sollte, noch gering. Die Versammlungen, die sie arrangirte, seien schlecht besucht gewesen. Von den Fragebogen, die zur Feststellung der Mißstände ausgesandt wurden, seien nur 69 — und diese zum theil sehr mangelhaft beantwortet — zurückgekommen. Von den 500 000 Arbeitskräften, die unter dem Elend der Konfektionsbranche leiden, sei nur ein ganz winziger Bruchtheil organisirt. Trotzdem dürfe man nicht erlahmen, sondern müsse unverzagt weiter kämpfen, nicht nur auf gewerkschaftlichem Gebiete, sondern auch auf dem Wege der Gesetzgebung. Wenn der erste Ansturm in letzterer Beziehung auch kaum bemerkbare Erfolge erzielt habe, da die sattsam bekannte Bundesrathsverordnung eher einen Arbeitertrutz als einen Arbeiterschutz bedeute, so dürfe man doch nicht verzagen, sondern müsse darauf weiterbauen und durch stetige Aufdeckung des Elends in der Konfektionsbranche, namentlich in der Hausindustrie, die Gesetzgebung zwingen, weiter dagegen einzugreifen. Denn daß man nicht alles auf einen Schlag erringen werde, sei vorher allen klar gewesen.

Seeger-Leipzig erklärt, daß die Leipziger keineswegs Gegner der Versuche seien, auf dem Wege der Gesetzgebung eine Besserung zu erwirken, aber sie seien der Ansicht, daß diese Besserung in erster Linie auf gewerkschaftlichem Boden erfolgen müsse. Er hält es für einen Grundfehler, der sich später noch schwer rächen werde, daß man die Konfektionsarbeit stetig von der Maßarbeit treme.

Ries-München ist der Ansicht, daß man den Weg der Gesetzgebung nicht so sehr verwerfen dürfe. Auch die geringste Errungenschaft ermuthige die Leute. Darum müsse man gleicherweise auf gewerkschaftlichem wie politischem Gebiete vorgehen.

Reißhaus-Erfurt legt dar, daß niemand von der Regierung mehr erwartet habe, als sie gethan hat. Man habe die Forderungen gestellt, um die öffentliche Meinung für dieselben zu gewinnen, die Massen hinter sich zu bringen und dadurch die Regierung zu zwingen, den Forderungen endlich Rechnung zu tragen. Sind wir stark und mächtig genug, durch einen neuen Konfektionsarbeiter-Streik dieselben durchzuführen, nun gut, so beginnen wir mit den Vorarbeiten hierzu. Ist das aber nicht möglich, so gehen wir jeden Weg, auf welchem es uns möglich wird, eine, wenn auch nur kleine Besserung zu erringen, um dadurch zugleich auch der Agitation zu dienen.

Knoob-Frankfurt spricht für den Weg der Gesetzgebung. Durch gewerkschaftliche Organisation könne man der Hausindustrie auf dem platten Lande oder im Taunus und im Odenwald 2c. nicht beikommen.

Kämming-Stettin: Man habe sich in der letzten Zeit mehr als nothwendig und gut sei, an die Gesetzgebung angeklammert. Durch Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion würde man kaum dem Industriellen, sondern höchstens den Heimarbeitern selbst die Hausindustrie verekeln. Man solle sich nicht mit Ballast beladen, welcher die Agitation nur erschweren würde, und solle die Forderungen ausscheiden, die der Agitation hinderlich seien.

In der Nachmittagssitzung erklärt Schlumberger-Stuttgart, daß in Württemberg bei der Zersplitterung der Arbeiterschaft über das ganze Land nichts durchzuführen sei und daß die Organisationsbestrebungen ebenfalls ziemlich fruchtlos waren.

Heck-Magdeburg betrachtet die Forderungen an die Gesetzgebung ausschließlich als Agitationsmittel und verlangt, daß man das ganze Gewicht auf die Organisation legen soll.

Witte-Berlin stellt der Fünferkommission das Zeugniß aus, daß sie ihrer Aufgabe nach Kräften gerecht zu werden gesucht habe. Wenn ihre Bestrebungen keinen großen Erfolg gehabt hätten, so liege das nicht an ihr, sondern an dem durch das Elend schon völlig versumpften Menschenmaterial, mit dem sie zu thun habe.

Mewes-Dresden schließt sich der Ansicht der Leipziger Kollegen an, daß man von der Gesetzgebung nichts zu erwarten habe und nur durch die Gewerkschaften bessere Arbeitsbedingungen errungen werden könnten. Nicht durch Resolutionen, sondern erst durch den Streik sei die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Schneiderelend gelenkt und die Gesetzgebung in Bewegung gesetzt worden.

Weigel-Leipzig erklärt, nur durch die gewerkschaftliche Bewegung sei unter den Konfektionsarbeitern ein reges Interesse erweckt worden.

Seeger-Leipzig: Nur dadurch, daß man dem Arbeiter sichtbare materielle Vortheile biete, könne man ihn gewinnen. Das beweise Leipzig, welches wohl unter allen Städten Deutschlands in der Organisation der Schneider die größten Erfolge aufzuweisen habe. Aus diesem Gesichtspunkte ersuche er, die gewerkschaftliche Bewegung in den Vordergrund zu rücken und die Errichtung von Betriebswerkstätten als Hauptmittel für die Bewegung der Nächstzeit zu bezeichnen.

Stühmer-Hamburg meint, Seeger solle doch frei heraussagen, was er wolle und erklären: „Ich verwerfe den Weg der Gesetzgebung im Prinzip." Dann wisse man doch, woran man sei. Denn thatsächlich handele es sich heute um die Frage, ob der Kongreß den Versuch, auf dem Wege der Gesetzgebung Verbesserungen herbeizuführen, aufgeben solle oder nicht. Wenn das, was die Leipziger durchgeführt haben, allenthalben durchgeführt werden könne, so könne man den von den Leipziger Kollegen beschrittenen Weg betreten, im anderen Falle nicht.

Simoniel-Nürnberg stimmt den Ausführungen Reißhaus' zu.

Holzhäuser-Flensburg führt aus, daß mit revolutionären Kraftworten nichts zu erreichen sei. Es werde wohl auch in Zukunft unsere Aufgabe sein, an die Gesetzgebung Forderungen zu stellen. Die Errichtung von Betriebswerkstätten müsse dabei an erster Stelle stehen.

Ohla-Breslau glaubt nicht, daß die Konfektionsarbeiter aus eigener Kraft sich bessere Lebensbedingungen schaffen können, wenn nicht die Gesetzgebung eingreife.

Sabath-Hamburg ist der Meinung, daß es noch lange dauern werde, bis die Konfektionsarbeiter einen nennenswerthen Stamm in der Schneider-Organisation bilden; darum ist er für alle Mittel, die geeignet sind, die Lage derselben zu heben.

Schönfeld-Halberstadt glaubt nicht daran, daß die Heimarbeiter freiwillig die Betriebswerkstätten benützen. Darum müssen politische und gewerkschaftliche Organisation Hand in Hand gehen.

Ries-München führt ebenfalls aus, daß ohne die Hilfe der Gesetzgebung keine Erfolge zu erzielen sind.

Reißhaus-Erfurt, der eine Resolution eingebracht hat, begründet dieselbe.

Knoob-Frankfurt spricht für die Reißhaus'sche Resolution.

Heck-Magdeburg verwirft zwar den Weg der Gesetzgebung nicht, will ihn aber möglichst in den Hintergrund gestellt wissen.

Kamming-Stettin warnt davor, alles auf einmal zu fordern und verspricht sich namentlich von der Forderung der Betriebswerkstätten nicht so große Erfolge, als manche der Delegirten glauben.

Nachdem ein Schlußantrag angenommen war, wurde beschlossen, die Fünferkommission aufzuheben und deren Obliegenheiten dem Vorstand zu übertragen. Sodann wurde die Resolution Reißhaus mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Dieselbe lautet:

„Der Kongreß erklärt: Die vom Bundesrath am 31. Mai 1897 erlassene Verordnung, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kleider- und Wäschekonfektion den §§ 135—139 der Gewerbe-Ordnung unterstellt, hat sich als verfehlt erwiesen. Häufig sind die durch Verordnung betroffenen Arbeiter aus den Werkstätten entfernt und zur Heimarbeit getrieben worden. Der Kongreß erwartet, daß endlich Regierung und Gesetzgebung die schon lange versprochene Beseitigung der schreiendsten Uebelstände in der Schneiderei, Wäsche- und Kleider-Konfektionsindustrie herbeiführen. Um einen wirksamen Schutz der Arbeiter- und Arbeiterinnen genannter Kategorie zu erzielen, hält der Kongreß die Durchführung der auf dem Eisenacher Kongreß (siehe Protokoll Seite 26—27) aufgestellten Forderungen für nothwendig. Ferner haben die Kollegen und Kolleginnen für die Beseitigung der Heimarbeit und die Errichtung von Betriebswerkstätten seitens der Unternehmer, wie für Einführung fester Lohntarife mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wirken."

Ferner wurde eine Resolution Kämming angenommen, wodurch der Vorstand beauftragt wird, statistisches Material über die Löhne und die Arbeitsbedingungen zu sammeln und dem nächsten Kongreß zu unterbreiten.

Am zweiten Verhandlungstage gab Sabath-Hamburg den Bericht der Preßkommission. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Fachzeitung zur Zeit eine Auflage von 9500 Exemplaren hat. Auf Antrag der Schneider Sachsens wurde beschlossen: „Die Fachzeitung soll in Zukunft in achtseitigem Format erscheinen und aus allen Zweigen unseres Berufes regelmäßig Situationsberichte bringen. Die endlosen Leitartikel sollen wegfallen und kurze, klargeschriebene an deren Stelle gebracht werden; insbesondere soll den Arbeiterinnen mehr Rechnung getragen werden. Die Fachzeitung hat mehr, als bisher geschehen, die geistigen Waffen für den Kampf zu liefern. Das Format soll künftig das der „Holzarbeiter-Zeitung" sein."

Ein Antrag Reißhaus, der die Herausgabe von Lokal-Fachblättern beschränken und weitere Neugründungen von der Zustimmung der Verbandsleitung und der Preßkommission abhängig machen will, wird nach längerer, theilweise sehr erregter Debatte abgelehnt.

Der Sitz des Fachorgans bleibt in Hamburg, ebenso die Redaktion in den Händen Stühmer's.

Stühmer-Hamburg berichtete dann über den internationalen Arbeiterschutz-Kongreß in Zürich. Diesem Referat schloß sich ein Bericht desselben Redners über die internationale Schneider-Konferenz in London an. Es handelt sich vor allem um die Frage näherer internationaler Verständigung. Referent ist der Ansicht, daß vorläufig an die Schaffung einer festen internationalen Organisation, wie sie von einer Seite in Anregung gebracht war, noch nicht zu denken ist; die Hauptsache müsse vorerst der bessere Ausbau der nationalen Organisationen bleiben. An der Diskussion betheiligten sich Meuser-Mainz und Gutjahr-Konstanz.

In der Nachmittagssitzung gab Frl. Baader eine kurze Uebersicht aus dem Bericht Frau Klara Zetkin's über die internationale Schneiderkonferenz in London.

Seeger-Leipzig wünscht, daß die Gewerkschaften künftig solche Bourgeoiskongresse wie den internationalen Arbeiterschutzkongreß nicht mehr beschicken.

Knoob-Frankfurt ist anderer Ansicht: Wir schicken unsere Leute nicht dorthin, um sie belehren zu lassen, sondern um die Bourgeois zu belehren. Wenn wieder eine solche Konferenz einberufen werde, solle man sie beschicken. Den moralischen Erfolg trage immer die Arbeiterschaft davon.

Frl. Baader-Berlin verspricht sich von den philanthropischen Anwandlungen der Bourgeoisie nicht viel. Deren Mitleid komme immer erst mit der Furcht. Schwinde letztere, so komme sofort die ganze Erbärmlichkeit der bürgerlichen Parteien zum Vorschein. Darum brauchten wir ihre Kongresse nicht. Wenn sie sich belehren wollten, sollten sie zu uns kommen.

In der Abstimmung wurde das Provisorium der Frau Klara Zetkin als korrespondirenden Mitgliedes des internationalen Schneidersekretariats genehmigt. Stühmer-Hamburg bleibt internationaler Korrespondent der deutschen Schneider. Ferner wurden die Kosten für die deutsche Ausgabe eines von dem internationalen Sekretariat beschlossenen Fragebogens über die Lage der Schneider aller Länder bewilligt.

Holzhäuser-Flensburg referirte sodann über „das neue Innungsgesetz und unsere Stellung dazu", und unterbreitet dem Kongreß eine Resolution, die in folgender Fassung angenommen wurde: „Der allgemeine deutsche Schneider- und Schneiderinnenkongreß muß das Innungsgesetz als total verfehlt bezeichnen. Das Gesetz ist keineswegs geeignet, den handwerksmäßigen Betrieb neu zu beleben oder gar die wirthschaftliche Existenzfähigkeit der Handwerker zu sichern. Trotzdem empfiehlt der Kongreß den Kollegen allerorts die Betheiligung an allen Wahlen zu den Innungen und deren Nebenkörperschaften in der Voraussetzung, dadurch das Interesse der Berufsangehörigen in jeder Weise im Sinne der Arbeiterbewegung zu wahren und zu fördern."

Die Einberufung des nächsten, in zwei Jahren stattfindenden Kongresses wurde Stühmer-Hamburg übertragen.

Damit war die Tagesordnung des Kongresses erledigt und der Vorsitzende schloß die Verhandlungen mit einem Hoch auf die Organisation der Arbeiter.

Kommunales.

Der städtischen Verkehrs-Deputation ist von dem Vorstande der kgl. Eisenbahn-Betriebsinspektion folgendes Schreiben zugegangen: „Bei der diesjährigen Reisezeit hat sich wiederum der Mangel jeglicher direkter Pferdebahn-Verbindung des hiesigen Görlitzer Bahnhofes mit Bahnhof Alexanderplatz und dem Schlesischen Bahnhofe so recht fühlbar gemacht. Die bereits früher dieserhalb der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft gemachten Vorstellungen sind ohne Erfolg geblieben. Dieserhalb erlaube ich mir ergebenst, die Verkehrs-Deputation auf diesen Uebelstand hinzuweisen und dieselbe zu ersuchen, bei etwaiger Konzessionirung weiterer Linien, auf die Herstellung der erwähnten Verbindung hinwirken zu wollen 2c.

Die städtische Schul-Deputation hat heute unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirschner beschlossen, den städtischen Behörden die Errichtung einer Realschule in Moabit im Hansaviertel auf dem städtischen Grundstücke am Schleswiger Ufer zu empfehlen.

Lokales.

Die Parteigenossinnen und Genossen machen wir darauf aufmerksam, daß am 14. September in den Lokalen Sanssouci, Keller's Festsäle und Kolberger Salon drei Versammlungen stattfinden, in welchen über die Bedeutung der Gewerbeschiedsgerichte gesprochen werden soll. Das Thema lautet: Sollen nur Männer über Frauen Richter sein? — Die Einberufer anderer Versammlungen werden gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

Die Statisten. Wir leben in den Wochen der Theater-Eröffnungen. Die Feuilletonspalten vieler bürgerlicher Blätter sind wieder mit Theaterklatsch gefüllt. Nicht nothwendige, die Künstler fördernde Kritik nimmt den größten Raum ein; nein, Dinge, die mit der eigentlichen Kunst soviel zu thun haben, wie das Kochen mit dem Häuserbauen, werden als große wichtige Neuigkeit aus der Kunstwelt verzapft. Das Publikum riecht selten, daß diese Neuigkeiten auf dem Gebiete der Reklame gewachsen sind. So ist es denn kein Wunder, wenn sich ein Personenkultus entwickelt, der von der Würdigung der künstlerischen Individualität nichts kennt. Die rein persönlichen Verhältnisse irgend welcher Größen werden breitgetreten, Daten und Einzelheiten unwichtiger, für die Entwickelung der Kunst ganz gleichgiltiger Menschen ausgeplaudert. Nach und nach kommen wir da zu einem widerlichen Personenkult, der mit der Sache selbst nichts mehr zu thun hat. Der große Blick für künstlerische Dinge geht verloren; kleinliche Nebensächlichkeiten bilden das Hauptinteresse.

So wird es denn auch niemand einfallen, außer dem Interesse an einzelne Personen auch an die große Menge der anderen zu denken, ohne die z. B. klassische Stücke überhaupt nicht aufzuführen sind. Ja, es hört sich gar nicht übel an, wenn erzählt wird, daß einzelne Schauspieler und Schauspielerinnen für ein Jahr, ja, manche sogar für einige Monate Spielzeit Honorare von 30—40 000 Mark bekommen.

Außerordentliche Fähigkeiten sind gewiß hochschätzbar. Künstlerische Größe ist selten — und Seltenheiten sind nun einmal theuer. Und die Theaterdirektoren müssen, um Seltenheiten dem Publikum vorführen zu können, auch hohe Preise für sie bieten.

Dennoch steht der Werth der Seltenheit in keinem Verhältniß zu dem ungeheuerlichen Unterschied zwischen dem Gehalt der Theatergrößen und dem des anderen Personals.

Da sind erstens die Theaterarbeiter, Leute, die die Requisiten und Koulissen zu stellen haben. Ihr Gehalt für den Monat schwankt zwischen 80 und 100 Mark. Ein gleiches Gehalt, doch oft noch darunter, beziehen die Choristen und Choristinnen. Da diese ihre Garderobe selbst kaufen müssen, kann man sich ein Bild von den Zuständen in diesen Kreisen machen. Die sonderbarste Stellung aber haben die Statisten. Sie sind gewissermaßen nur Gelegenheitsarbeiter. Wenn gerade ein großes Stück gespielt wird, in dem „Volk", „Bürger" oder „Bauern" gebraucht werden, haben sie zu thun. Für jeden Spielabend erhalten sie 50 oder 75 Pfennige. Manche Theater zahlen wohl noch weniger. Für jede Probe giebt es ebenfalls eine kleine Entschädigung. So kann denn ein Statist im Monat 20—30 M. verdienen. Das steht mit der aufgewendeten Mühe in gar keinem Verhältniß. Da ist es denn selbstverständlich, daß sich nur solche Kreise zu dieser Kunstübung drängen, die die Sache aus Liebhaberei treiben oder ein Amt haben, das ihnen genügend freie Zeit läßt. Die 20—30 M. sind dann so ein kleiner, angenehmer Nebenverdienst. An den königlichen Theatern verzichten sogar die Statisten auf ihr Spielhonorar. Diese Zustände drücken selbstverständlich auf jene Kreise, die in der Statisterei ihren Broterwerb suchen müssen. Und es giebt in unserem großen Berlin genug arme Teufel, die froh sind, ein paar Groschen als Statist verdienen zu können, weil sie weiter gar nichts haben. Bei den Aufführungen großer Ausstattungsstücke wirken zahlreiche solcher Existenzen mit. Und deren Arbeit ist oft eine gleich lange, wie in manchen anderen Berufen. Aber bei dieser unwürdigen Entlohnung braucht man sich wirklich nicht wundern, wenn gewisse Kreise die Theater und Bühnen für Kaufhäuser der freiesten Liebe ansehen.

So sehen wir denn im Leben der Theaterleute neben dem grellsten Glanz die tiefsten, schmachvollsten Schatten, gerade so wie wir die bedeutendste künstlerische Leistung oft neben der stümperhaftesten finden. Und unsere Statisterei läßt namentlich oft viel zu wünschen übrig. Die Direktoren müssen bei diesem System an Proben sparen. Die größten Ungeschicklichkeiten werden oft dadurch hervorgerufen, wenn die nöthige Einstudirung fehlt. In den Ausstattungsspielen der Zirkusse und auch der Bühne ist alles, nur keine künstlerische Leistung zu finden. Das machen die traurigen Lohnverhältnisse, die es verhindern, daß die Statisterei zum wirklichen Beruf erhoben wird. Man sieht, auch hier sind es die Zustände, die eine Entwickelung, die der Kunst und der Allgemeinheit zu gute kommen würde, nicht aufkommen lassen.

Durch Zufall ist unserem Nürnberger Parteiorgan ein Beleg polizeipräsidialer Bücherzensur gegenüber dem Volkslexikon von Wurm in die Hände gefallen.

Ein Kommissionär hatte in gleicher Weise wie andere Druckschriften im März 1894 das erste Heft des Lexikons dem Berliner Polizeipräsidium übermittelt. Am 12. Mai 1894 wurde daraufhin für ihn folgende Antwort entworfen: „Auf das gefl. Schreiben vom 9. März d. J. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß ich es ablehnen muß, das anliegende erste Heft des Volkslexikons, das von einem sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten herausgegeben wird und in einem bekannten sozialdemokratischen Verlage erscheint, bei den Beamten der hiesigen Schutzmannschaft in Umlauf zu setzen. Da Ihnen die Parteistellung des Herausgebers bezw. Verlegers nicht unbekannt sein konnte, so kann ich nicht umhin, Ihnen mein Befremden darüber auszusprechen, daß Sie mit einem solchen Ansinnen an mich herangetreten sind, und nehme hieraus Veranlassung, mich Ihren Gesuchen gegenüber, denen ich bisher bereitwilligst entsprochen habe, in Zukunft ablehnend zu verhalten. Berlin, den 12. Mai 1894. Der Polizeipräsident: Freiherr von Richthofen."

Richtig wäre es, wenn das Polizeipräsidium sich überhaupt jeder Kolportage enthielte, denn es wäre immerhin möglich, daß es an dieser Stelle noch wichtigere Aufgaben zu lösen giebt.

Als Gegenstück zu dem von den Berliner Gewerkschaften errichteten Gewerkschaftshaus planen jetzt die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine die Errichtung eines Gewerkvereinsheims. Das Gewerkvereinsheim soll außer Räumlichkeiten für Versammlungen und Sitzungen auch die Verbandsherberge und den Zentral-Arbeitsnachweis der Gewerkvereine enthalten. Durch freiwillige Beiträge der Mitglieder bezw. durch eine kleine Extrasteuer will man die nöthigen Summen für einen Garantiefonds beschaffen. Der Zentralrath ist im Hinblick auf einen vor einigen Jahren in dieser Richtung erlittenen Mißerfolg dem Plane der Errichtung eines besonderen Gewerkvereinshauses nicht sehr geneigt, während verschiedene Gewerkvereine das Projekt eifrig befürworten.

In bezug auf das Bestellgeld, welches von den Zeitungs-Postabonnenten neben dem Abonnementsbetrage zu zahlen ist, wenn diese die betreffenden Zeitungen durch die Briefträger sich mit überbringen lassen, hat jetzt das Reichs-Postamt eine anerkennenswerthe Verbesserung eingeführt. Bisher mußte beim Bestellen von Zeitungen das Bestellgeld stets für denselben ganzen Zeitraum, für welchen der Abonnementspreis für die Zeitungen entrichtet werden muß, auch dann voll gezahlt werden, wenn die Posterhebung nicht gleich mit Beginn der nach dem Post-Zeitungskatalog bestimmten Bezugszeit der einzelnen Zeitungen, sondern erst später, also vielleicht um die Mitte des Monats-, Quartals- oder Jahres-Abonnements, erfolgt war. Diese Einrichtung ist nun vom Reichs-Postamt vor kurzem dahin abgeändert worden, daß, falls die Bestellung auf eine Zeitung oder Zeitschrift „erst im Laufe einer Bezugszeit" geschieht, das Zeitungs-Bestellgeld dann von der Postanstalt „nach Verhältniß" nur für den Zeitraum erhoben werden soll, in welchem die betreffende Zeitung noch thatsächlich von der Post zu bestellen ist.

Ferner hat das Reichs-Postamt bestimmt, daß die seitens vieler Zeitungsbesitzer am Schlusse des Jahres ihren Zeitungen beigefügten Wandkalender, welche bisher unterschiedslos als „außergewöhnliche Zeitungsbeilagen" mit einem Porto von 1/4 Pf. pro Exemplar bezahlt werden mußten, von jetzt ab gebührenfrei befördert werden sollen, wenn sie „nach ihrem Aufdruck weniger eine Geschäftsreklame, als vielmehr nur eine Zugabe an die Bezieher" der betreffenden Zeitungen darstellen.

Die Restauration im Zoologischen Garten wird von den Herren Adlon u. Dressel für eine jährliche Pachtsumme von 100 000 M. übernommen.

Im Kriminalgerichtsgebäude gelang es gestern einem Gefangenen, zu entstehen. Der Arbeiter Thoms, der zur Zeit eine Freiheitsstrafe in Spandau verbüßt, sollte der fünften Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt werden. Der Transporteur betrat mit ihm den Flur des Gerichtsgebäudes und fragte den hier postirten Pförtner, wo sich die erwähnte Strafkammer befinde. Während dieser wenigen Augenblicke muß der Transporteur auf seinen Gefangenen wohl nicht Obacht gegeben haben, denn der letztere wandte sich, lief davon und erreichte den Ausgang des Gebäudes nach der Rathenowerstraße hin. Die aufgenommene Verfolgung hatte keinen Erfolg.

Gestohlene Sachen. In einer hiesigen Pfandleihe sind Schmuckgegenstände unter Umständen zum Versatz gelangt, die darauf schließen lassen, daß diese Gegenstände, nämlich: 1. Eine silberne Damen-Remontoiruhr mit Goldrändern Nr. 99 548; 2. Eine goldene Brosche in Herzform, welche in der Mitte einen kleinen Rubin, umgeben von Wachsperlen, enthält; 3. eine längliche gewundene goldene Brosche, welche in der Mitte 4 Türkisen, umgeben von 8 Wachsperlen, enthält; 4. ein Paar goldene Ohrringe, zu den Broschen passend, aus einem Diebstahle herstammen. Der Eigenthümer wird ersucht, sich während der Vormittagsstunden auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 37, einzufinden.

Großes Aufsehen verursachte in der Weddingvorstadt die vorgestern erfolgte Verhaftung des Eigenthümers W. in der Müllerstraße unter dem Verdachte der Brandstiftung. Am Sonntag Abend kurz nach 9 Uhr entstand auf dem Grundstück Müllerstr. 137, auf dem sich die Gärtnerei von Jenzsch befindet, ein kleiner Brand. Das die Jenzsch'sche Verkaufshalle überdeckende Zeltdach hatte Feuer gefangen. Der Brand wurde sofort entdeckt und konnte von zwei Schutzleuten noch mit den Händen erstickt werden. Die Beamten fanden bei dieser Gelegenheit eine „Brandgranate", die aus mit Petroleum getränktem Werg, Holzspänen und Streichhölzern bestand. Einige Passanten, die den W. genau kennen, hatten beobachtet, wie der Eigenthümer einen Gegenstand auf das Jenzsch'sche Zeltdach geworfen und sich dann sofort entfernt hatte. Als sich Herr W. etwa auf der Mitte des Fahrdammes befand, wurde das Feuer schon bemerkt. Als Veranlassung zu der Brandstiftung wird Konkurrenzneid angenommen. Dem W. war seinerzeit das betreffende Grundstück zur Miethe angeboten worden, doch hatte er das Angebot abgelehnt. Als sodann Jenzsch seine Gärtnerei eröffnete, drohte W., der übrigens als Denunziant bezeichnet wird, an dem Verpächter sich rächen zu wollen.

Ein Leichenfund, der am Mittwoch Morgen im Kanal an der Schloßbrücke gemacht wurde, beschäftigt die Behörden. Es handelt sich um ein Mädchen oder um eine Frau von einigen zwanzig Jahren, die ihrem Aeußeren nach der begüterten Gesellschaft angehört, bisher aber unbekannt geblieben ist. In der Wäsche befindet sich das Zeichen A. J. Die Frau trug gelbliche lange Handschuhe über den ganzen Arm, Schnürschuhe, ein grünes Kleid mit karrirter Taille und einen braunen Strohhut. Sie scheint noch nicht lange im Wasser gelegen zu haben.

Von einem Stadtbahnzuge überfahren wurde der Stationsdiätar Otto Reinhardt auf dem Bahnhof Charlottenburg. Schon auf dem Transport nach dem städtischen Krankenhause erlag der Verunglückte seinen Verletzungen. Reinhardt war beim Ueberschreiten der Geleise von einem Zuge erfaßt und überfahren worden.

Ein Verkehrsunfall zwischen einem Wagen der elektrischen Straßenbahn und einem Brauerwagen fand am Mittwoch Mittag um 12¾ Uhr in dem Engpaß der Spandauerstraße zwischen dem Rathhaus und dem Molkenmarkt statt. Der Brauerwagen war aus der Parochialstraße herausgekommen und mußte beim Umbiegen das Geleise der Straßenbahn berühren. In diesem Augenblick befand sich der Wagen der Linie Alexanderplatz—Schöneberg an derselben Stelle. So sehr auch die Bremse in Bewegung gesetzt wurde, ein Zusammenstoß war nicht mehr zu umgehen. Während der Brauerwagen unbeschädigt blieb, wurde die Straßenbahn arg mitgenommen. Das Blech der vorderen Plattform wurde verbogen und zerbrochen, eine Messingstange am oberen Theil herausgerissen, Holztheile wurden zersplittert. Der Kutscher endlich erlitt eine Verletzung am Kopf. Er hatte angesichts der drohenden Gefahr die Bremse so stark angezogen, daß es längerer Zeit bedurfte, um sie wieder flott zu machen. Verwundungen von Fahrgästen sind nicht bekannt geworden.

Eine allgemeine Störung des Straßenbahnverkehrs mit oberirdischer Leitung trat am Mittwoch Nachmittag in die Erscheinung. Um 4½ Uhr versagte der Strom, und auf allen Linien in den verschiedensten Gegenden befand man sich im Ausstand. Vor dem Halle'schen Thor, in der Skalitzerstraße, Ritterstraße, Leipzigerstraße, Brunnenstraße, überall sah man ganze Burgen von Wagen der verschiedensten Art. Solche mit oberirdischer Leitung wechselten ab mit Akkumulatoren und Pferdewagen. Nachdem man eine zeitlang vergeblich versucht hatte, die widerspenstigen Wagen vorwärts zu bewegen, entschloß man sich an mehreren Stellen, die von Pferden bewegten Wagen auszusetzen und um die anderen hinwegzufahren. Schwieriger gestaltete sich die Beseitigung der versagenden Wagen, die natürlich von den Fahrgästen gleich verlassen wurden. In der Brunnenstraße mit der Spitze nach dem Gesundbrunnen standen vor der bei der Invalidenstraße beginnenden Steigung drei für oberirdische Leitung eingerichtete Wagen fest auf der Stelle. Zu ihnen gesellten sich ebenso viele Akkumulatoren. Der Führer des ersteren weigerte sich, die drei unthätigen Kolosse den Berg hinaufzuschieben, und man blieb rathlos, bis durch das Eingreifen eines Betriebs-Inspektors Abhilfe geschaffen wurde. Er ließ alle sechs Wagen zusammenkoppeln und die Versager mit den vereinten Kräften der Akkumulatoren über die Höhe bringen. Das zahlreich angesammelte Publikum hatte hier das Vergnügen, einen langen Eisenbahnzug auf der Straße fahren zu sehen. Die Weinmeisterstraße mußte für den Betrieb gesperrt werden, weil die kraftlosen Wagen dorthin zusammengeschoben wurden. Der Verkehr wurde durch die Spandauer- und Königstraße nach dem Alexanderplatz geleitet. Der elektrische Betrieb der Straßenbahnen wird übrigens alsbald auch für die Akkumulatoren unterbrochen werden, da diese ihre Ladung durch die oberirdische Leitung erhalten. Der erste Versager war bereits am Nachmittag um 5 Uhr infolge des Mangels an oberirdischer Stromzuführung auf dem Alexanderplatz zu verzeichnen, wohin sich ein Wagen der Schöneberger Linie mühsam geschleppt hatte.

Bereits um 6½ Uhr abends lief die Meldung ein, daß sämmtliche 130 in Betrieb befindliche Wagen der Straßenbahn den Dienst versagt haben. Man sah nun überall auf den Straßen die bewegungslosen Gefährte stehen. Nach einer Auskunft im Zentralbureau in der Wilhelmstraße war bis zum Abend die Ursache der allgemeinen Unterbrechung des Betriebes nicht ermittelt.

Die Meldung, daß sich der 62jährige Fleischermeister Friedrich Lachmann aus der Köllnischenstraße erhängt hat, bestätigt sich nicht. Lachmann, der seit 20 Jahren ein kleines Geschäft betrieb und in geordneten Verhältnissen lebte, ist, wie die „Allgem. Fleischer-Ztg." mittheilt, einem Schlaganfalle erlegen.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater sind kleine Leute und große Ausstattungsstücke Trumpf. Die Liliputaner, die sich dort seit einigen Wochen aufhalten, müssen beim Publikum Gefallen finden, denn trotz des schwülen Abends ging gestern die Aufführung der eigens für die Gäste zurechtgeschnittenen Posse „Rob und Bob" vor dicht besetzten Zuschauerplätzen vor sich. Das neue Stück scheint gleich dem bisher gegebenen von jenseits der grauen Wasserwüste importirt zu sein, denn es war darin häufig von einer Menge Dollars die Rede; auch beliebten die Gäste, in jenem haarsträubenden Yankeedeutsch zu „talken", das zu den sonstigen Unarten, die im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater im Schwange sind, gerade noch fehlte. Bei Ausstattungsstücken ist die Handlung ja fast immer etwas höchst Ueberflüssiges; leider haben sich aber auch die Pioniere der amerikanischen Kunstfabrikation noch nicht von dem altväterischen Brauch emanzipirt, solch störendes Beiwerk zum Stück zuzugeben. Doch muß anerkannt werden, daß das Redewerk in „Rob und Bob" der Entfaltung der Dekorations- und Kostümpracht, sowie auch dem Balletspektakel fast gar nicht hinderlich ist. Man sprach häufig von einer „weiland verstorbenen" alten Tante, die die Liliputaner zu Erben eingesetzt und einen Schatz im Sumpfe versenkt hatte; vielen Spaß machte es den Künstlern wie dem Publikum, daß der endlich ans Licht gehobene Schatz eine Kaffeemühle und einen Irrigator barg. Die in abwechslungsreicher Pracht vorgeführten Kostüme, Dekorationen und Tanzgruppirungen waren meistens neu und originell; abwechslungsreich, wenn auch nicht so ursprünglich, war auch die Musik, die sich auf Entlehnungen aus Gasparone bis zum Tannhäuser erstreckte. Den Beschluß des Stückes bildete außer den selbstverständlichen Verlobungen eine Apotheose des kubanischen Krieges. Der überquellende Jubel, mit dem die lebenden Schlachtenbilder aufgenommen wurden, legte Zeugniß davon ab, daß das wohlgesinnte Berliner Publikum nicht allein der einheimischen Militäruniform Bewunderung zollt, sondern unterschiedslos vor jedem Mächtigen Respekt hat. Das Ausstattungsstück stellte dem Regisseur, wie dem Maschinenmeister zum Theil schwierige Aufgaben; es muß anerkannt werden, daß die Aufführung im ganzen vorzüglich klappte.

Das Polizeipräsidium giebt folgendes bekannt: Ich habe dem königlichen Bezirksphysikus Herrn Sanitätsrath Dr. Granier gestattet, für Personen, welche sich der Prüfung als Heilgehilfe und Masseur unterziehen wollen, im Polizei-Dienstgebäude Vorbereitungskurse abzuhalten. Durch die Theilnahme an diesen Kursen ist den an die Vorbereitung von mir gestellten Anforderungen genügt. Theilnehmer wollen sich persönlich bei Herrn Sanitätsrath Dr. Granier, Mohrenstr. 20/30, vormittags zwischen 8 bis 10 Uhr melden. Der Polizeipräsident. In Vertretung: Friedheim.

Doppelt verunglückt ist vorgestern in der Friedrichstraße in der Nähe der Stadtbahn ein unbekannter, etwa 30jähriger Mann. Als derselbe den Fahrdamm vor dem Zentralhotel überschritt, brach er plötzlich vom Hitzschlag getroffen zusammen. Der Fremde fiel so unglücklich, daß er mit dem Gesicht auf die Bordschwelle des Bürgersteiges aufschlug, wobei er sich schwere Verletzungen am Kopf zuzog. Der Verunglückte wurde mittels Droschke nach der Charitee gebracht.

Straßensperrung. Die Niederwallstraße von der Kleinen Kur- bis zur Alten Leipzigerstraße wird behufs Asphaltirung vom 25. d. M. bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Unglücksfälle. Beim Baden im Nordhafen in der Nähe der Kieler Brücke ertrank am Dienstag vormittags ein unbekannter etwa 8jähriger Knabe; die Leiche ist bisher nicht aufgefunden worden. — Am Dienstag Abend um 5¾ Uhr zerbrach in der Kirchstraße auf einem Wagen ein Ballon mit Schwefelsäure, so daß sich der Inhalt auf den Straßendamm ergoß. Der Damm wurde polizeilich gesperrt, bis die gefährliche Flüssigkeit entfernt worden war. Personen sind nicht verletzt worden, nur die Kleider einer gerade vorübergehenden Frau wurden verbrannt. — Dienstag Nachmittag stieß an der Ecke der Elsasser- und Gartenstraße ein mit Kisten beladener Rollwagen mit einem Arbeitswagen zusammen. Der Arbeiter Max Bartel, der auf den Kisten saß, wurde durch den Anprall heruntergeschleudert und erlitt durch eine nachstürzende Kiste eine Quetschung der rechten Hüfte. Die Schuld trifft den andern Kutscher, der im starken Trabe auf der linken Straßenseite fuhr.

Zu der Urania-Vorstellung am 4. September, nachmittags 2 Uhr, sind noch an folgenden Stellen Billets zu haben: Fr. Bauschke, Rostockerstr. 47, Stfl. 2 Tr.; Fr. A. Mesch, Lychenerstraße 3; Frau Gerndt, Blumenstr. 26, Stfl. 3 Tr.; Fritz Wilke, Andreasstr. 26 (Lokal); M. Fahrenwald, Warschauerstraße 63 (Lokal); Frau Jung, Boeckhstr. 27, v. 4 Tr.; Frau M. Greifenberg, Kleinbeerenstr. 21; Frau Luty, Pritikamerstr. 7; Frau Wengels, Fruchtstr. 30. Die Vertrauensperson.

Feuerbericht. Dienstag Abend 9 Uhr wurde von Dennewitzstraße 19 ein Kellerbrand gemeldet. Es brannten unter großer Rauchentwickelung Kisten, Fässer und Packmaterialien und hatte ein Rohr längere Zeit Wasser zu geben. Kurz darauf gingen Stralsunderstraße 3 Betten, Möbel und Gardinen in Flammen auf, während zur selben Zeit Landsberger Allee 43 ein kleiner Küchenbrand abgelöschen war. Abends 11 Uhr erfolgte Alarm nach der Pankstraße, Ecke Weddingstraße, wo in einem Pferdebahnwagen eine Petroleumlampe explodirt war, ohne jedoch wesentlichen Schaden anzurichten. Mittwoch früh 8 Uhr entstand Solmsstraße 40 durch Selbstentzündung ein Preßkohlenbrand im Keller. Gegen Mittag mußte Ackerstraße 1 ein Bodenbrand abgelöscht werden. Es brannte eine Partie Brennholz.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Heute findet in Gröpler's Lokal, Bergstr. 147, eine Parteiversammlung statt mit der Tagesordnung: Die bevorstehenden Landtagswahlen. Referent: W. Heine: Korreferent: F. Zubeil. Parteigenossen, es ist Pflicht jedes Einzelnen zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Köpenick. Den Mitgliedern des Arbeitervereins zu Köpenick zur Kenntniß, daß die Bibliothek des Arbeitervereins sich von jetzt ab im Lokale des Gastwirths Adolf Schulz, Schönerlinderstraße, befindet.

Die Feier des Stralauer Fischzuges konnte sich gestern nicht ganz in der programmmäßigen Weise abwickeln, da den Restaurateuren der geplante Festzug vom Amtsvorsteher verboten wurde. Die ziemlich zahlreich erschienenen Gäste warteten deshalb vergeblich gerade auf den großen historischen Festzug und äußerten schließlich ihre Ungeduld in etwas ungestümer Weise. So geschah es denn, daß die Gastwirthe auf eigenes Risiko dennoch den Festzug arrangirten, der dann auch mit einigen sehr bemerkbaren Lücken ungestört von statten ging. Später fand dann der sonst übliche Zug der Fischer statt.

Von einem Sterndampfer überrannt wurde auf der Havel bei Spandau ein kleiner Handkahn. Als der Zusammenstoß in der Dunkelheit erfolgte, stürzten die erschreckten Passagiere nach dem Vordertheil des Dampfers, wo man den überfahrenen Kahn umgekehrt treiben sah, der Insasse des letzteren hatte sich, als sein Boot kenterte, an dem Dampfer festgehalten und diesen schließlich erklettert. Auf diese Weise ist er dem Tode entgangen. Die Passagiere des Sterndampfers kamen mit dem bloßen Schreck davon.

Zu dem Verschwinden des Vorsitzenden des freien Rabatt-Sparvereins zu Rixdorf erfahren wir noch folgendes: B., der in Rixdorf eine Milchhandlung betrieb, trat seinerzeit der Bewegung gegen das Rabatt-Sparvereinswesen bei und wurde sodann Mitbegründer der obenerwähnten Vereinigung, welche den Zweck haben sollte, den Rabatt-Sparverein Südost zu sprengen. Er übernahm den Posten eines unbesoldeten Vorsitzenden, wurde jedoch von den Gegnern des Rabatt-Sparvereinswesens scharf angefeindet. Vor einigen Tagen gab er dann die Erklärung ab, daß er zu der Erkenntniß gekommen sei, daß das gesammte Rabatt-Sparwesen ein großer Krebsschaden wäre und er selbst, B., wolle dafür sorgen, daß sich der freie Verein zu Rixdorf baldigst auflöse. Dies Versprechen hat B. in geradezu drastischer Weise gehalten. Bei seinem Verschwinden hat der Herr Vorsitzende die gesammte Kasse des freien Rabatt-Sparvereins mitgenommen. Wie hoch der von ihm unterschlagene Betrag sich beläuft, ist noch nicht festgestellt, doch wird derselbe von informirter Seite auf ca. 10—12 000 M. geschätzt.

Nach siebenjährigem Prozesse gegen den Magistrat ist gestern der frühere Wiegemeister Schwarz in Charlottenburg in den städtischen Dienst wieder eingetreten. Schwarz erhält gleichzeitig etwa 12500 M. rückständiges Gehalt seit dem Jahre 1891 ausgezahlt. Schwarz war vor sieben Jahren gekündigt worden, angeblich, weil er in eine Spielgeschichte des Gefangenen-Aufsehers Mehlhaase verwickelt gewesen sein soll. Seine Entlassung erfolgte am 1. Juli 1891. Er betrachtete sich als Wiegemeister als festangestellten Gemeindebeamten und klagte sein Gehalt und die ihm zustehenden Kompetenzen ein. Nach langjährigem Streitverfahren hat jetzt das Reichsgericht endgiltig entschieden, daß er wieder in den Dienst einzustellen und ihm das rückständige Gehalt nachzuzahlen sei. Da zur Zeit beide Stellen der Wiegemeister des Magistrats besetzt sind, so ist Schwarz vorläufig eine Botenstelle übertragen worden.

Friedrichshagen. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde die Anstellung eines Schularztes einstimmig beschlossen. Die Anstellung erfolgt am 1. Oktober. Eine Dienstanweisung über die Funktionen des Schularztes wird der Vertretung in der nächsten Sitzung zur Beschlußfassung vorgelegt. Dem im Juli d. J. von der Vertretung einstimmig gefaßten Beschlusse, die Zahl der Vertreter von 20 auf die gesetzlich zulässige Höchstzahl von 31 zu vermehren, hat der Kreisausschuß die Genehmigung versagt, trotzdem die Vertretung eine Vermehrung derselben im Interesse der Gemeinde für nothwendig erachtete.

Die Errichtung eines öffentlichen Schlachthofes für die Stadt Schöneberg, die von einem Unternehmer-Konsortium schon seit längerer Zeit geplant wird, dürfte jetzt in naher Zeit zur Ausführung kommen. Mit dem Schöneberger Magistrat sind die Verhandlungen bereits soweit gediehen, daß ersterer sich zu dem Projekte jetzt sehr entgegenkommend stellt und dem Konsortium die Genehmigung zu dem Schlachthof ertheilen will, sofern die Unternehmer denselben später in den Besitz der Stadt übergehen lassen wollen. Es wird dann noch darauf ankommen, ob auch seitens der Stadtverordneten, welche sich jedenfalls gleich in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien mit dem Schlachthof-Unternehmen zu beschäftigen haben werden, diesem die Zustimmung ertheilt werden wird. Doch ist daran kaum zu zweifeln, und wenn es geschieht, so soll dann nach erfolgtem Vertragsabschluß mit der Stadt die Ausführung des Planes sogleich in Angriff genommen werden. Die Unternehmer haben sich das dazu erforderliche Terrain in einer Größe von 6800 Quadratruthen bereits gesichert, und zwar auf dem jenseits der Ringbahn zwischen der Potsdamer- und Anhalter Bahn sich ausdehnenden Gelände unmittelbar am Tempelhofer Weg, nahebei der bekannten Wellblechfabrik von Pfeiffer und Druckenmüller, wo der Schlachthof eine ausgezeichnete Lage erhalten würde. Als Kapital stehen den Unternehmern für den Grunderwerb, Bau und Betrieb des Schlachthofes 6 Millionen Mark zur Verfügung, von denen die Bauausführungen ca. 1 600 000 M. erfordern werden. Doch soll zunächst nur die Hälfte des Terrains verwerthet werden und die andere Hälfte für spätere Erweiterungen des Unternehmens, event. auch für die Einrichtung eines Viehhofes reservirt bleiben, da vor der Hand nur ein Schlachthof errichtet und betrieben werden soll.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Dekateure (Filiale III.) Berlins fand am Mittwoch, den 17. August, abends 8 Uhr, im Englischen Hof statt. Langanhaltender Beifall lohnte Hoffmann für seinen Vortrag über die Volksschule. Hierauf erstattete der Vertrauensmann Freiheit den Kassenbericht. Die Einnahmen vom 1. Januar bis 1. Juli betrugen 152,95 M., die Ausgaben 134,63 M., der Uebertrag vom vergangenen Jahre 6,25 M., der Bestand betrug 24,75 M. Brann erklärte, daß die Revisoren alles für richtig befunden haben. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde dem Vertrauensmann einstimmig Decharge ertheilt. Unter Verschiedenes theilte der Vorsitzende mit, daß die Dekateure mit den Seilern am 6. September eine Versammlung abhalten, das nähere wird noch bekannt gemacht. Kollege Michaelis frägt an, wie die organisirten Kollegen von Heese sich betreffs des Werkführers Köppen stellen, da er nun, von seiner vierzehntägigen Badezeit zurückgekehrt, die Kollegen schroff behandelt und diese nicht willens sind, weiter zu arbeiten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, da die Firma Leute bekommt, die nicht im Verein sind. Johlke berichtete, daß sein Chef Laske den Ablieferer Lehmann von Großkreuz engagiren will, was die arbeitenden Kollegen nicht zugeben können, da Lehmann nicht unserer Organisation angehört und sich niemals um den Verein gekümmert hat. Nachdem noch einige Redner sich zum Wort gemeldet hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bretterträger. Am 21. August hielten die Bretterträger eine sehr gut besuchte Generalversammlung bei Ewald, Schönleinstraße 6, ab. Der Vorsitzende gab den Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr, in welchem der Verein 3 öffentliche und 11 Vereinsversammlungen abhielt. Der Vorsitzende bemerkt, daß man mit den Errungenschaften, die der Verein im verflossenen Jahre gemacht habe, sehr zufrieden sein kann. Die Mitgliederzahl habe sich fast verdoppelt. Nachdem auch der Kassirer die Kassenangelegenheiten als befriedigend hingestellt hatte, wurde dem Vorstande für seine Mühewaltung aus der Mitte der Versammlung volle Anerkennung zu theil. Bei der Neuwahl des gesammten Vorstandes wurden Paul Karnal als erster Vorsitzender und August Schmidt als erster Schriftführer neugewählt; die übrigen Vorstandsmitglieder erklärten sich bereit, ihr Amt noch ferner zu verwalten, so daß der jetzige Vorstand folgendermaßen zusammengesetzt ist: August Schmidt, Paul Karnal, Wilhelm Schönwald, Paul Weber, Julius Sefeld und Fritz Fahrensohn. Die Revisoren Helel, Hiddel und Kernchen wurden einstimmig wiedergewählt, ebenso die Kontrolleure Kunze und Hechel. In das ständige Vergnügungskomitee wurden gewählt: Santofski, Görner, Krüger, Wichner, G. Lehmann und Hinze. Nachdem in längerer Debatte interne Angelegenheiten behandelt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß es dem neuen Vorstand ebenfalls gelingen möge, den Verein vorwärts zu bringen.

Der Zentralverband deutscher Brauer, Zweigverein der Provinz Brandenburg, hielt am 21. d. M. seine Monatsversammlung ab, welche wie bekannt, jeden 1. Sonntag nach dem 15. jeden Monats im Englischen Garten, Alexanderstr. 27, stattfindet. Hoffmann hielt einen mit Beifall gelohnten Vortrag über „Moderne Ehen". Hierauf wurden verschiedene Mißstände, welche in manchen Brauereien herrschen, zur Sprache gebracht. Die Agitationskommission soll die Beschwerden prüfen und das Erforderliche veranlassen. Der Englische Garten wurde zum ständigen Lokal bestimmt.

Die Kistenmacher hielten am 22. d. M. in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, ihre Mitgliederversammlung ab. Pörsch hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Arbeiterbewegungen". In der Diskussion sprach sich Tschernig im Sinne des Referenten aus. Reinhard wurde in die Lohnkommission gewählt. Zum Schluß wurde von Franz Schulz noch einmal bekannt gegeben, daß an jedem 15. bei Munzig, Breslauerstraße 28, eine Werkstattvertrauensmänner-Sitzung stattfindet.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute Abend 8½ Uhr im Restaurant Zubeil, Lindenstr. 106: Vortrag des praktischen Naturheilkundigen Grundmann über: „Die neue Blutbewegungslehre und Herzkrankheiten". Demonstrirt an farbigen Lichtbildern.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum Ablauf der Gerichtsferien Montag und Donnerstag von 7 bis 8 Uhr abends statt.

H. R. Wenden Sie sich an den Ruderklub „Vorwärts."

900. Geben Sie uns bekannt, wann der Prozeß; stattfindet so können wir Ihre Mittheilung nicht verwerthen.

Witterungsübersicht vom 24. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	762	NW	3	wolkig	18	Haparanda	753	O	4	bedeckt	14
Hamburg	763	WSW	1	hlb. bed.	18	Petersburg	765	WSW	1	bedeckt	15
Berlin	763	NW	3	wolkig	19	Cork	770	N	1	wolkig	14
Wiesbaden	765	Still	—	wolkig	18	Aberdeen	766	W	3	hlb. bed.	13
München	767	SW	3	bedeckt	19	Paris	766	SW	2	Regen	18
Wien	764	Still	—	hlb. bed.	16						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. August 1898.

Ein wenig kühler, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 25. August:

Neues Opern-Theater (Kroll). Mignon. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Seine alte Freundin. Vorher: Ramadon. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Im Pavillon. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Carmen. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Der Veilchenfresser. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die beiden Waisen. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Die Waise aus Lowood. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Herr und Frau Doktor. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi-Monde. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Seine Puppe. Vorher: Entdeckt. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater

Direktion: J. Feroneczy.

Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Aufzügen v. Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Feroneczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassen-Eröffnung 6½, Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Die Waise aus Lowood
von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugs-Billets haben Giltigkeit.
Freitag: Benefiz für Robert Wach. **Sie ist wahnsinnig. Der Geigenmacher von Cremona.** Sonnabend: **Der Hüttenbesitzer.** Sonntag: **Sie ist wahnsinnig. Der Geigenmacher von Cremona.**
Ostend-Theater-Konzert-Garten: Max Grabow. Dora Waldau. Geschw. Petram, Puppen-Theater, The four Cromwells. The two Terras etc. Theatervorstellung. Konzert. Anfang 5½ Uhr.
Passe-partouts haben Giltigkeit.
Sonnabend: Gr. Sommernachtsfest.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Direktion: Rich. Anger.
Eröffnung der III. Saison:
Donnerstag, den 25. August.
Zum 1. Male:

Seine Puppe.

Volksstück in 3 Akten nach dem Französischen v. Max Schönau. Musik von Fritz Krause.
Vorher zum 1. Male in Berlin: **Auftreten des ersten deutschen Verwandlungs-Schauspielers**

A. Angeloti

in seiner **tragikomisch-musikalischen Szene:**

Entdeckt!

Personen: Achille, Beamter; Eva, seine Frau; Zeffirino, Student; Giacomo, alter tauber Diener. **Alle vier Personen dargestellt von**

A. Angeloti.

Billet-Vorverkauf von heute ab an der Theaterkasse von 10 bis 1 Uhr ohne Aufgeld.

Reichshallen-Garten-Theater.

Leipzigerstr. 77.
Täglich:
Berlin auf Stelzen!
Burleske von Agoston-Wilhelm.
Ferner das gediegene
Specialitäten-Programm.
U. A.:
The Trapnell-Family!
Clara Antoni etc.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorher von 7 Uhr ab:
Garten-Konzert.
Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im grossen Theatersaal.
Schluß der Saison und letzte Vorstellung am 31. d. M.
Familien-Vorzugskarten nur noch bis Ende August täglich giltig.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

Carl Hagenbeck's INDIEN

Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.

Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert und im elektrisch erleuchteten Riesensaale: **Grosser Ball.**
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
53619* **Karl Mittag,** Oekonom.

Actien-Brauerei Friedrichshain

Am Königsthor (früher Lips) Am Königsthor.
Donnerstag, den 25. August d. J.
Grosses Konzert
der Banda municipale di Alanno
aus den **Abruzzen** in **Uniform.**
Dirigent: Maestro **Lorenzo Pupilla.**
Anfang 7 Uhr. [5790L*
Entree 30 Pf. Sperrsitz 50 Pf.

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenheide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Monsieur Boisset mit seinen dressirten Hunden und Affen. **Mlle. Ernst,** Athletin. **Miss Ophelia's** dressirte Kakadus. **Pepi** und **Pepino. The Picardi's.** Neu! **Das Gänsegretel,** Volksstück in 2 Bildern von Eibner. — Neu! **Wenn Frauen weinen,** Lustspiel.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung: **Grosses Doppel-Konzert.**
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Max Kliem.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.

Schweizer Garten.

Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Im grossen Saale:
Damentanz und Ball.
Jeden Abend: Die Frauen-Garde. Gr. Ausstattungs-Burlesko mit Gesang und Tanz.
Den Vereinen empfehlen wir für die **Wintersaison** unsere renovirten, 300 bis 800 Personen fassenden Säle zu ihren Privatfestlichkeiten.

Apollo-Theater.

Nur noch wenige Tage:
Bender-Steidl-Blum,
Milani-Tornay-Goltz,
sowie das ausgezeichnete August-Programm.
Kassenöffn. 6½, Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, den 1. September 1898:
Eröffnung der Wintersaison.
Otto Reutter.
Jean Clermont. Mr. Taylor.
Consuela Tortajada.
Emelina Ethardo. Comtesse Ferucci.
Les Minstrels Parisienne.
Mlle. Nelsa. Ducreux-Giraldue.
Cordelly u. Hersleb. The Missouris. Cardownies-Troupe. Marga Bizette.
Der Kosmograf
mit neuer aktueller Bilder-Serie.
Anfang ab 1. September 7½ Uhr.

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9.
Schloss Trauenstein.
Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Abtheil. von Hugo Schulz. Musik von A. Kersten. Berg-Trio, türkisch-gymnastisches Potpourri. The 3 Forloys, chinesische Excentrics. Gebr. Millardo, Grotesque-Duettisten. Elly Viola, Kostümsoubr. Mr. Ranella, Kautschukmensch. Max Theo, Handequilibrist. Jan and Jim, Knockabouts. Morleys, Fata Morgana. **Ballet. Konzert und Ball.**
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Pahlmann's

Vaudeville-Theater

Schönhauser Allee 148.
Berliner auf Kuba.
Burleske in 2 Bildern v. Victor Roeder. Vollständig neues Spezial-Programm. Anf. d. Konz. 4½, d. Vorst. 5½ Uhr. Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5—10 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich
bis Sonntag, 11. September:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Möhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf siehe Plakate!
Sonnabend, 17. September: Erste Soiree in den Reichshallen (im grossen Theatersaal).

Von der Reise zurückgekehrt [29/20*
Dr. Böhm,
Spezialarzt für Wasserheilverfahren.
Schützenstr. 63, I.

Von der Reise zurück
Dr. Schendel,
Spezialarzt f. Harn- u. Blasenleid.

---

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 28. August, nachm. 4 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:

Lassalle-Feier.

Gr. Instrumental-Konzert unter Leitung des Herrn **Grass**
Gesangsvorträge.
Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz. Großer Ball.
Billet 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. 215/18
Das Komitee.

Ernst Höflich's Konzert-Garten

Frankfurter Chaussee 120 (Schwarzer Adler) Frankfurter Chaussee 120.
Sonntag, den 28. August 1898:

Lassalle-Feier

arrangirt von den Friedrichsberger Parteigenossen
unter Mitwirkung mehrerer Arbeiter-Gesangvereine.
Großes Garten-Konzert, ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern unter Leitung des Herrn **Georg Schonert.**
Spezialitäten-Vorstellung.
Fackelpolonaise. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. **Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.**
Im Saale: **Grosser Tanz.** Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Kassenöffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr. Entree im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.
Inhaber von Passe-partouts zahlen 10 Pf. **Der Vertrauensmann.**

Statt besonderer Anzeige
Charlotte Hölscher
Otto Vesper
Verlobte.
Osnabrück Berlin
im August 1898.

Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, Tischler
Fr. Seeland
verstorben ist. 5875
Die Beerdigung findet Sonnabend Nachmittag 5 Uhr statt.
Die Kollegen der Werkstatt **Schubert,** Kreuzbergstr. 8.

Orts-Krankenkasse d. Töpfer-Gewerbes

zu Berlin.
Den Mitgliedern bringen wir hiermit zur Kenntniß, daß die in der Generalversammlung v. 22. April 1898 beschlossene **Siebente Abänderung zum Statut** betreffend die §§ 13, 14, 19, 27, 28 am 20. Juli 1898 vom Bezirksausschuß genehmigt ist.
Die Abänderung tritt am Montag, den 29. August d. J. in kraft. Die Druckexemplare gelangen in der Kasse zur Vertheilung. 201/3
Berlin, den 25. August 1898.
Der Vorstand.

Passage-Panoptikum.

Donnerstag, den 25. ds. Mts., abends 9 Uhr:
Vortrag des Fußtouristen Emerich Seljan,
Welt-Recordtour Petersburg-Paris in 100 Tagen.
Die Hälfte des Saal-Entrees fällt Herrn Seljan zu, der die Reise ohne Geldmittel angetreten.
Saal-Entree 1 Mk.
Von 6 Uhr ab:
Théâtre variété.

Castan's

Panopticum.

Neu!! Major Graf Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16,
Täglich:
Stadt und Land.
Posse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von F. Kaiser.
Vorher:
Ein Fuchs im Taubenschlag.
Schwank in 1 Akt von Höppner.
Auftreten von Spezialitäten.
Im Saal: **Grosser Ball.**

Ostbahn-Park.

Am Küstriner Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts:
Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.
Meine neuerbauten Festsäle stehen Vereinen zur Verfügung.

Möbel auf **Theilzahlung**
J. Kellermann,
Neue Jakobstr. 26.

VI. Wahlkreis.

Sonnabend, den 27. August
findet die

Lassalle-Feier

in folgenden Lokalen statt:
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49,
Wedding-Park, Müllerstr. 178,
Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58,
Weimann's Volksgarten, Badstr. 56,
Schönhauser Volksgarten (Mierke), Schönhauser Allee 101.

Konzert, Gesangs- u. turnerische Aufführungen, Vorträge, lebende Bilder, Theater-Vorstellung, Kinder-Belustigungen, Festrede.
Tanz (Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach). Anfang 4 Uhr. Billet 20 Pf.
Um zahlreichen Besuch bitten **Die Comitees.**
NB. Die Billets für Wedding-Park sind auch in der Norddeutschen Brauerei giltig und umgekehrt. 220/2

Stralau-Rummelsburg.

Sonntag, den 28. August, im Lokale der Victoria-Brauerei in Stralau:

Lassalle-Feier.

Großes Garten-Konzert,
ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern unter gütiger Mitwirkung der örtlichen Gesangvereine.
Spezialitäten-Vorstellung. Abends 9 Uhr: **Großer Fackelzug.**
Jedes Kind erhält hierzu eine Stocklaterne gratis.
Im Saale: **Grosser Ball.** 224/3
Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Entree 20 Pf. **Anfang 4 Uhr.** **Das Komitee.**

Achtung!

Mitglieder des Rabatt-Spar-Vereins Norden.

Auf Antrag von 300 Mitgliedern findet am **Freitag, den 26. August,** abends 8½ Uhr, im großen Saale der **Brauerei Friedrichshain** (früher Lips), am Friedrichshain, eine 267/15

Außerordentliche General-Versammlung

mit der Tagesordnung „Vereinsangelegenheiten" statt.
Mitglieder, lasse sich **keiner durch den weiten Weg abhalten,** diese Versammlung zu **besuchen,** denn es sollen die letzten Vorkommnisse im Verein resp. die Handlungsweise des Vorstandes besprochen werden.
Die Siebener-Kommission. J. A.: C. Vogel.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Adalgisa.
Adalgisa Schreckenberger: **Adolf Hoffmann.**
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Inh. H. Pierry.
Der enormen Zugkraft wegen und vielseitigen Wünschen entsprechend noch einige Male:
Heinrich Heine.
Lustspiel in 3 Akten.
Hirsch, Hühneraugen-Operateur: Leonh. Haskel.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.

Wedding-Park

Müllerstrasse 178.
In dem 3000 Personen fassenden **Garten mit schönen Lauben**
Jeden Donnerstag:
Kinder- u. Familien-Fest.
Entree 10 Pf., wofür jedes Kind ein Geschenk erhält.
Die Kaffeeküche ist täglich geöffnet.
7 verdeckte Sommer-Kegelbahnen. Franz. Billards.
Belustigungen aller Art.
Wilhelm Trapp.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Anfang der Winter-Saison:
Donnerstag, 1. September.
Neu! Neu!
Kulike als Kuli
oder:
Die Entführung nach Kiautschou.
Große Ausstattungsposse.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Preise wie bekannt. Bons haben Giltigkeit.

Nach Beendigung unseres Erweiterungsbaues

Wieder-Eröffnung

unserer gesammten Geschäfts-Räume

heute Nachmittag 5 Uhr.

Warenhaus Fr. Pfingst & Co.

Ecke Neue Friedrichstrasse, direkt am Bahnhof Alexanderplatz. **33 Königstrasse 33** Ecke Neue Friedrichstrasse, direkt am Bahnhof Alexanderplatz.

Achtung! Achtung!

Verein der Former.

Am Sonntag, den 28. August: Herren-Partie. Abfahrt 7 Uhr 11 Min. vom Schlesischen Bahnhof nach **Sadowa.** Von dort zu Fuß nach **Köpenick (Pferdebucht),** Treffpunkt dort für Nachzügler. Von dort nach **Rovenstein** u. s. w. Um rege Betheiligung bittet 61/6

Der Vorstand. J. A.: **Albert Mewes.**

---

1. Berliner Lehranstalt für Elektrotechnik.

In den neuen Lehrsälen **Oranienstrasse 51, Quergeb. 3 Tr.** Für **Schlosser, Mechaniker und verwandte Berufe** beginnt am 1. September ein neuer Abendkursus. Gewissenhafter und leichtfaßlicher Gesammt- und Einzel-Unterricht. NB. I. Kursus den 24. d. Mts. Experiment elektrischer Strahlung, Röntgenstrahlen und Telegraphie ohne Draht. Herren, welche ihre Anmeldung bewirken, können dem Experimental-Vortrag beiwohnen. Anmeldungen werden entgegen genommen jeden Abend von 6—8 Uhr, Sonntags Vormittag von 9—12 Uhr. [5795b*] **Die Direktion.**

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!

Oswald Nier's Ungegypste!

Kein k. Gemisch, kein Malz, keine sog. schwer. Weine etc., **sondern** seit 1876 laut Fürst **v. Bismarck's** Worten: „Nationalgetränk" Angenehme, leicht trinkbare und dabei **so sehr stärkende**

Naturweine aus Weintrauben

v. 10 Pf. pro 1/10 L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/4, 1/2 u. 1/1 L.

f. Festlichkeit., Vereine, Krankenhäuser bew. **hoh. Rabatt!**

57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über **1000** Filialen in Deutschland!

Ausf. Preiscourant nebst **Broschüre gratis und franco**

Hauptgeschäft und Versandabtheilung BERLIN N., Linienstr. 130.

No. 17 **OSWALD NIER**

Heute und folgende Tage in prima frischester Qualität:

Zander	pro Pfund	50–60 Pf.
Schellfisch	„ „	10–20 „
Cabliau	„ „	15–20 „
Seelachs	„ „	15 „
do. im Ausschnitt	„ „	25 „
Bratschollen (Flundern)	„ „	18 „
Rothzungen	„ „	30–40 „
Eis-Plötzen	„ „	20–25 „
Eis-Barsche	„ „	40 „

Alle anderen Fluß- und Seefisch-Arten, auch Hummern u. Krebse, zu niedrigsten Tagespreisen.

16 Dragoner-Straße 16

Otto Gundermann.

Achtung, Vereine!

Hierdurch zur Kenntniß, daß Bestellungen bis auf weiteres im Restaurant **Richard Heinrich, Naunynstr. 78.** zu richten sind. 200/2

Der Vorstand des Tanzlehrer-Vereins „Solidarität".

Kollegen! Diesen Freitag 8 Uhr bei Heinrich Treffpunkt mit Damen. Erscheinen unbedingt nothwendig. Die Uebungsstunde wird bei Brüder abgehalten. D. O.

Wegen Räumung!

Sophastoff-Reste

ausreichend zu Bezügen, in Wollrips, Damast, Phantasie, Moquet und Plüsch, sowie Satteltaschen, **nur gute Qualitäten, spottbillig.**

J. Adler Teppichhaus

Spandauerstraße 30,

vis-à-vis dem Rathhause.

Ausschneiden! **?** 5% Rabatt!

Warum verdient die Privat-Zahn-Klinik von **F. Steffens,** Rosenthalerstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Zahnleidenden?

Ausschneiden! **!** 5% Rabatt!

Weil sie auch weniger Bemittelten künstl. Zähne auf Theilzahlung pro Woche 1 M. schmerzlos einsetzt.

Spezialität: Behandlung ängstlicher und empfindlicher Personen. 5065b*

Presskohlen

Sommer-Preise.

Proben gratis frei Haus.

Beste Senftend. Marie 6 Zoll	4,90 M.	
Vorzügliche Marie 6 „	4,80 „	
Beste Senftend. Marie 6 Zoll Norm.	6 M.	
Vorzügliche Marie 6 „	5,70	
Ilse 6 „	6,30	
Anhalt. Werke Marie 6 „	6,50	
Beste Senftend. Marie 7 Zoll	7,10 M.	
Vorzügliche Marie 7 „	6,80 „	

Von 1000 Stück ab, frei Keller, Boden 40 Pfg. mehr, mit Fuhrlohn und packen, ohne weitere Berechnung.

Otto Frischeisen,

Kommandit-Gesellsch.,

Französische Straße 11/12. 3. Et.

Erkläre Frau Winter als eine ehrliche Frau. **Sandmann,** Koppenstr. 87.

Flora-Säle

1000 Pers. fass. Elektr. Beleuchtung. Besitzer: **Bernh. Nieft, Weberstr. 17.**

Sonnabende Septemb. bis Dezember **gratis** zu vergeben. [*

W. Noack's Festsäle,

Brunnenstr. 16,

sind noch Sonnabende in den Monaten **Oktober, November u. Dezember** zu vergeben. [5775*

Altes Schützenhaus

Linienstrasse 5

empfiehlt seine **neuen Säle.** [4905

Vereinszimmer. 4705*

dreifenstrig, nach dem Garten gelegen, für Montag, Dienstag und Freitag empf. **Scholz,** Naunynstr. 6.

Vereinszimmer zu vergeben, auch Zahlstelle. Petersburgerstr. 88.

Dr. med. Schaper,

prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8.

Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.

Große Hamburgerstr. 20. I.

Fahrräder!

nur erstklassig, verkauft zu äußerst niedrigen Preisen [5581b*

Fr. Stange, Oppelnerstr. 7 I.

Technikum Frankenhausen am **Kyffhäuser Schule**

Baugewerk- Tiefbau- Eisenbahnbau- Polier-

Dir. Pet. Krug.

Neue einfache Lehrmethode

Staatl. gel. Abgangsprüfung

W.-Sem. Anf. & Nov. Vorunt. 10. Okt.

Programme kostenlos.

Wichtig für Brautleute!

Möbel, Spiegel, Polster-**waaren** verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause.

Tischlermeister,

Bukow, Invaliden-Straße 13.

Gaskocher, Sparsystem, 2½ Mark, Zweiloch 6 Mark.

Wohlauer, [292b

26/27 Wallner-Theaterstr. 26/27.

Die Herren Otto Wenze, Berlin, Wiesenstr. 16 und August Kuglin, Pankstr. 16 a, werden hierdurch ersucht, ihren Verpflichtungen gegen den Gesangverein „Maiblüthe" nachzukommen. 5765b

---

Photographische

Gruppen-Aufnahmen von Fabriken, Werkstellen, Landpartien 2c., Bildgröße 18 × 24 cm, à St. 1,25. Probebild wird geliefert. Zionskirchstr. 48. 5795

Gross. Möbelverkauf

Schützenstr. 2, in meinem großen Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine reelle und dauerhafte Einrichtung billig kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang vor Einkauf mein großes Lager zu besichtigen. Eigene Tischler- und Tapezier-Werkstatt. Einrichtungen von 150, 200, 300, 400, hochelegante 500 bis 3000 Mark. Nußbaum-, Mahagoni-Kleiderspind, Vertikow 30, Bettstelle, Matratze 18, Sopha 25, Trumeaux 45, Paneelsopha 75 an, Salongarnitur 75 an, Buffet, Bücherspinden, Herrenschreibtische, Ankleideschränke mit Spiegelthür, sämmtliche Küchenmöbel. Besonders zu empfehlen die verliebten gewesenen und zurückgesetzten Möbel, die fast neu sind und für jeden annehmbaren Preis verkauft werden. Gekaufte Möbel können 3 Monate lang auf meinem Speicher lagern und werden durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt. Theilzahlung gestattet. 5791b*

Papageien

aus Hamburg, große Auswahl, gut sprechende, graue und grüne, wegen baldiger Abreise billig zu verk.

O. Kesler,

5768] **Markgrafenstr. 19.**

Möbl. Zimmer mit auch ohne Pension Stallschreiberstr. 61, v. 4 Tr., am Moritzplatz. 582b

---

Arbeitsmarkt.

Für Berlin sofort 2 tüchtige Hammerarbeiter, gut. Monteure, tücht. Silberarbeiter. Für Halle a. S.: 1. Graveur f. Schrift u. Monogramm, per Stunde 45 Pf., dauernde anständ. Stellung. Noch Liegnitz: Hammerarbeiter, Besteckarbeiter f. Messerhefte, größere Lötharbeiten. Anständige Gehälter. 72/6

Arbeits-Nachweis Deutsch. Gold- u. Silberarbeiter, Zahlstelle Berlin, Holzmarktstr. 8.

Kartonarbeiterinnen verlangt Neue Friedrichstr. 48. [5199

Tischler a. Kostenarb. Alte Jakobstr. 130.

Achtung Elektrotechnik!

In den am 1. September beginnenden **Abendkursus** zur Ausbildung von Elektro-Monteuren, Installateuren, Maschinisten oder für Bureau 2c. können noch einige strebsame Herren **Aufnahme** finden, Dauer 6 Monate. Monatlich 6 Mk.

Keine Vorkenntnisse nöthig, leicht faßlicher Unterricht nach bestbewährter Lehr-Methode für Jedermann. Professor Dr. Krebs schreibt: „Die Elektra, Lehranstalt für Elektrotechnik, Berlin, Prinzenstraße 55, ist ein hervorragendes Institut, wo jeder Fleißige eine gute Zukunft findet."

Erstes und einzigstes Institut, welches im stande ist, in der verhältnißmäßig kurzen Zeit seine Besucher in den Abendkursen voll und ganz auszubilden, was die bedeutende Frequenz der absolvirenden Herren aller Branchen beweist.

Es wird besonderer Werth darauf gelegt, die Absolventen demonstrativ und experimental zu unterrichten, da die Anstalt über zirka 400 zur Starkstrom-Technik gehörige Apparate, Instrumente — Wechsel- und Drehstrom-Maschinen, Lampensysteme, Akkumulatoren und Modelle verfügt.

Anmeldungen **baldigst** bis **abends 10 Uhr.** Man verlange Prospekte und Lehrplan. „Elektra", Prinzenstraße 55. 5805 L*

Tüchtige lithographische **Maschinenmeister** werden per sofort gesucht. Schriftliche Offerte erwünscht.

Kunstdruck **A. & C. Kaufmann,** Banhofstr. 31/32,

5738 **Brandenburg a. H.**

Mädchen zum Anschmieren u. Falzen für Buchbinderei verlangt **Sonnenthal & Klaffke,** Melchiorstr. 30.

Schneiderin, perfekt, verlang. sofort **Gebr. Langner,** Tegel, Schloßstr. 30. 5745

Für Petersburg verlangt:

1 Blumen- und Gemüsegärtner,
1 Molkerei-Arbeiter und
1 Bäcker. Sämmtlich ledig.

Meldungen nimmt entgegen:

Annenstr. 39. I. links. 5800b

Jackett-Arbeiterinnen, die vielliefern, verl. Dietert, Grünerweg 104. 5815b

---

Schulmädchen, sauberes, z. Staubwischen verl. Schulze, Köpnickerstr. 23 a.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin